Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 51. Sonnabend, den 1. März 1913. 20. Jahrg.

Gegen den Rüstungswahnsinn!

Manifest der französischen und deutschen Sozialdemokratie.

In Deutschland und in Frankreich bereiten die Regierungen wiederum Gesetzentwürfe vor, durch welche die ungeheuren militärischen Lasten noch weiter gesteigert werden. In dieser Stunde erachten es die französische und die deutsche Sozialdemokratie als ihre Pflicht, sich noch enger aneinander anzuschließen, um vereint den Kampf zu führen gegen dieses an Wahnsinn grenzende Treiben der regierenden Klassen.

Die französische und die deutsche Sozialdemokratie erheben einmütig und einstimmig Protest gegen die unaufhörlichen Rüstungen, die die Völker erschöpfen, sie zur Vernachlässigung der wichtigsten Kulturaufgaben zwingen, das gegenseitige Mißtrauen steigern, und statt den Frieden zu sichern, Konflikte heraufbeschwören, die zu einer Weltkatastrophe führen mit Massenelend und Massenvernichtung im Gefolge.

Die Sozialdemokratie beider Länder darf sich mit Recht als Wortführerin des deutschen wie des französischen Volkes betrachten, wenn sie erklärt, daß die Volksmassen mit überwältigender Mehrheit den Frieden wollen und den Krieg verabscheuen. Die herrschenden Klassen hüben und drüben sind es, die die nationalen Gegensätze, statt sie zu bekämpfen, künstlich verschärfen, die gegenseitige Feindseligkeit schüren und dadurch die Völker von ihren Kulturbestrebungen und ihrem Befreiungskampf im Innern ablenken.

Um den Frieden, die Unabhängigkeit der Völker und den Fortschritt der Demokratie auf allen Gebieten in beiden Staaten zu sichern, fordert die Sozialdemokratie, daß alle Streitigkeiten zwischen den Völkern schiedsgerichtlich geschlichtet werden; sie empfindet die Entscheidungen auf dem Wege der Gewalt als Barbarei und Schande für die Menschheit.

Sie fordert weiter die Beseitigung des stehenden Heeres, das eine stete Bedrohung der Nationen bildet und an dessen Stelle die Einführung einer Volkswehr auf demokratischer Grundlage, die nur der Landesverteidigung zu dienen hat.

Wenn aber trotz ihres entschlossenen Widerstandes den Völkern neue militärische Ausgaben auferlegt werden, so wird die Sozialdemokratie beider Länder mit aller Energie dafür kämpfen, daß die finanziellen Lasten auf die Schultern der Wohlhabenden und Reichen abgewälzt werden.

Die Sozialdemokratie in Deutschland und in Frankreich hat schon in der Vergangenheit durch ihre Haltung das perfide Doppelspiel der Chauvinisten und Rüstungsinteressenten in beiden Ländern entlarvt, die in Frankreich die Begünstigung des Militarismus durch die deutsche Sozialdemokratie und in Deutschland die Begünstigung des Militarismus durch die französischen Sozialisten dem Volke vorspiegeln. Die gemeinsame Bekämpfung des Chauvinismus hüben und drüben, das gemeinsame Eintreten für ein friedliches und freundschaftliches Zusammengehen muß dieser dreisten Irreführung der Völker das Ende bereiten.

Derselbe Ruf gegen den Krieg, dieselbe Verurteilung des bewaffneten Friedens hallt in beiden Ländern wider . . . Unter der Fahne der Internationale, die die Freiheit und Unabhängigkeit jeder Nation zur Voraussetzung hat, werden die deutschen und französischen Sozialisten mit steigender Kraft den Kampf fortführen gegen den unersättlichen Militarismus, gegen den länderverwüstenden Krieg, für die gegenseitige Verständigung, für den dauernden Völkerfrieden.

Berlin — Paris, den 1. März 1913.

Pour le Parti Socialiste (Section francaise de l'Internationale ouvrière)
La Commission Administrative Permanente:

Braemer, Cachin, Camélinat, Corgeron, L. Dubreuilh, Ducos de la Haille, Gérard, Grandvallet, Graziani, Hélies, Longuet, Maillet, Mayéras, Pédron, Poisson, Poncet, F. de Pressensé, Reiß, P. Renaudel, Restiaux, Roland, Roldes, Uhry.

Le Groupe Socialiste au Parlement:

Albert Poulain, Albert Thomas, Aldy, Aubriat, Barthe, Basly, Bedouce, Betoulle, Bouhey-Allex, Bouisson, Bouveri, Bracke, Brenier, Briquet, Brixon, Cabrol, Cadenat, Camelle, Claussat, Colly, Compère-Morel, Dejeante, Delory, Doizy, Dubled, Ducarouge, Dufour, Ch. Dumas, E. Dumas, Faure, Fourment, Ghesquière, Goniaux, Goude, Groussier, J. Guesde, Hubert-Rouger, J. Jaurès, Lagrosillière, Lamendin, de la Porte, Lauche, Lavaud, Lecointe, Lhoste, Manus, Marietton, Mouger, Meslier, Mille, Mistral, Myrens, Nectoux, Nicolas, Prévot, Raffin-Dugens, Reboul, Ringuier, Roblin, Rognon, Rouanet, Rozier, Sabin, Sembat, Sixte-Quenin, Thivrier, Vaillant, Veber, Vigne, Voilin, Walter, Willm.

Für die deutsche Sozialdemokratie
Der Parteivorstand:

Bebel, Braun, Brühl, Ebert, Gerisch, Haase, Molkenbuhr, Müller, Pfannkuch, Scheidemann, Wengels, Zietz.

Die Reichstagsfraktion:

Albrecht, Antrick, Baudert, Bauer, Bebel, Bender, Bernstein, Binder, Blos, Bock, Böhle, Brandes, Brey, Brühne, Büchner, Cohen, Cohn, David, Davidsohn, Deichmann, Dietz, Dittmann, Ebert, Emmel, Erdmann, Feldmann, Feuerstein, Fischer (Berlin), Fischer (Hannover), Fischer (Sachsen), Frank, Frohme, Fuchs, Geyer, Giebel, Göhre, Gradnauer, Grenz, Haase, Haberland, Hasenzahl, Haupt, Heine, Henke, Herzfeld, Hierl, Hildenbrand, Hoch, Hoffmann (Kaiserslautern), Hofmann (Rudolstadt), Hofrichter, Horn, Hüttmann, Hugel, Jäckel, Kaden, Käppler, Keil, König, Körsten, Krätzig, Kühn, Kunert, Landsberg, Ledebour, Legien, Lensch, Leutert, Liebknecht, Metzger, Molkenbuhr, Noske, Peirotes, Peus, Pfannkuch, Pinkau, Quarck, Quessel, Rauch, Raute, Reißhaus, Rühle, Sachse, Scheidemann, Schmidt (Berlin), Schmidt (Meißen), Schmitt (Würzburg), Schöpflin, Schulz, Schumann, Schwartz, Segitz, Silberschmidt, Simon, Spiegel, Stadthagen, Stolle, Stücklen, Südekum, Taubadel, Thiele, Thöne, Ulrich, Vogtherr, v. Vollmar, Weill, Wels, Wendel, Wurm, Zubeil.

Politische Rundschau

Deutschland.

Der Etat der Reichseisenbahnen.

Herr v. Breitenbach hat noch einige Stunden auf dem Armesünderbänkchen der Regierung ausharren müssen, ehe sein Etat erledigt war. Er hat während dieser Zeit eine Reihe Wahrheiten zu Gehör bekommen, die für ihn vermutlich nicht sehr angenehm waren. Aber der Herr Minister pflegt in solchen Fällen eine höchst einfache Taktik anzuwenden: er lächelt leicht und deutet mit einigen aristokratischen Gebärden seine absolute Gleichgültigkeit an. Und wenn gar seine Rede durch einen Zwischenruf unterbrochen wird, überhört er den Einwand mit fast wohlwollender Gelassenheit.

Immerhin kann auch Herr v. Breitenbach trotz all seiner Anstrengungen nicht ganz verbergen, daß manche Angriffe ihm höchst unsympathisch sind. Und insofern bilden die zwei Tage der Diskussion über seinen Etat eine hoffentlich nicht wirkungslose Erziehung. Auf die Dauer kann selbst sein störrischer Eigensinn die klare und einfache Beweisführung nicht ablehnen, daß all seine antisozialdemokratische Agitation bisher nicht viel genützt hat.

Die erste Vorlesung am gestrigen Tage wurde ihm vom Genossen Peirotes gehalten, der seine ganze Politik mit streng sachlicher Kritik untersuchte. Unser Redner ging aus von seinen eigentümlichen Rentabilitätsberechnungen und forderte eine Aufstellung, die der tatsächlichen Entwicklung und der Wirklichkeit entspricht. Er schloß daran eine große Zahl verkehrspolitischer Wünsche und die Forderungen, die wir zugunsten der Arbeiter und Angestellten vertreten müssen. Er setzte der optimistischen und selbstgefälligen Darlegung des Ministers eine Schilderung von der wirklichen Stimmung der Arbeiter gegenüber. Besonderes Gewicht legte Genosse Peirotes auf die Wahrung der vom Minister nie respektierten staatsbürgerlichen Rechte und Freiheiten der Angestellten. Dabei verhehlte er dem Minister keineswegs, wie wir über seine Unterdrückung jeder freien Meinungsäußerung denken.

Der Redner des Zentrums, Herr Kuckhoff, und der nationalliberale Abgeordnete, Herr Ickler, der sich auch für einen Arbeitervertreter ausgibt, hüteten sich natürlich sorgsamst, derartig respektierlich zu sein, daß sie so selbstverständliche Anschauungen vertraten. Herr v. Breitenbach dankte diesen Verbündeten mit seinem Wohlwollen und polemisierte in dem bei ihm bereits bekannten Tone gegen den sozialdemokratischen Redner. Die Antwort dafür erhielt er, nachdem inzwischen noch die Herren Behrens, Dr. Haegy und Dr. Schatz gesprochen hatten, vom Genossen Emmel, der mit aller Entschiedenheit dem Chef der Reichseisenbahnverwaltung das Recht bestritt, die Macht, die ihm verliehen ist, im Interesse einer bestimmten Partei oder Anschauung zu mißbrauchen. Emmel machte ebenso wie vorher Genosse Peirotes den Minister ausdrücklich darauf aufmerksam, daß er in all seiner staatsretterischen Propaganda und selbst mit den Maßregelungen, vor denen er nicht zurückgescheut ist, Erfolge nicht zu erzielen vermag.

Die Spezialdebatte war in kurzer Zeit erledigt. Heute beginnt die Beratung des Marineetats.

Das Wohnungsgeld der Beamten.

Die Petionskomission des Reichstags verhandelte in ihrer Donnerstags-Sitzung über 2 Petitionen aus Beamtenkreisen. Der Inhalt dieser Eingaben bezieht sich auf die Härten, welche in der Besoldungsreform die anderweitige Regelung des Wohnungsgeldzuschusses gebracht hat. Anstatt Aufbesserung seiner Bezüge hat dadurch mancher Beamte eine Verschlechterung erhalten. Die Aufbesserungen waren unzulänglich. Die Unstimmigkeiten und Härten für die Beamten sind derart, daß der Bundesrat Veranlassung nehmen mußte, im Jahre 1911 68 Orte in höhere Klassen des Wohnungsgeldzuschusses zu bringen. — Der Vertreter des Reichsschatzamtes erklärte, sein Amt halte sich an die für Regelung des Wohnungsgeldzuschusses aufgestellten Grundsätze gebunden. So lange der Bundesrat nicht zur Aufstellung anderer Grundsätze gekommen sei, könne den Wünschen der geschädigten Beamten nicht Rechnung getragen werden. Die Kommission war der Auffassung, daß die Wünsche der Petenten Berücksichtigung zu finden hätten. Gegenüber dem ablehnenden Standpunkt des Regierungsvertreters führte Genosse Kunert aus, es sei unrichtig, daß in den 22 Petitionen die grundsätzliche Seite der Frage nicht berührt worden sei. — Die Kommission beschloß einstimmng, die 22 Petitionen als Material zu überweisen. Außerdem soll in einer Resolution, deren Wortlaut noch festzustellen ist, die Regelung des Wohnungsgeldzuschusses nach gerechteren Grundsätzen gefordert werden.

Aus den Taschen des darbenden Volkes.

Der hannoversche Landtag bewilligte in vertraulicher Sitzung einen Betrag von 30000 Mk., der für ein Hochzeitsgeschenk für den Prinzen Ernst August von Cumberland und Prinzessin Viktoria Luise Verwendung finden soll.

Eine Milliarde!

Die „Germania" teilt mit, daß die laufenden Ausgaben auf Grund der neuen Militärvorlage etwa 200 Millionen Mark betragen werden. Dazu kommt als einmalige Ausgabe für die neu zu schaffenden Einrichtungen noch das Vier- bis Fünffache jener dauernden Ausgaben, so daß man danach auf

rund eine Milliarde

neuer Ausgaben rechnen muß. Es besteht die Absicht, diese Summen durch eine Anleihe zu decken.

Man beabsichtigt, die Militärvorlage noch vor Pfingsten zu verabschieden, während die Steuervorlagen von einer Kommission zu beraten wären, die den Sommer über zu sitzen hätte.

Nach einer Mitteilung der „Berliner Volkszeitung" haben die süddeutschen Regierungen die Vermögenszuwachssteuer abgelehnt. Der Staatssekretär Kühn soll deshalb mit den süddeutschen Staaten wegen der Überlassung der Stempelsteuern an das Reich verhandelt haben.

Am Donnerstag hat der Reichskanzler mit Führern der bürgerlichen Parteien im Reichstage über die Militärvorlage und die Deckungsfrage Besprechungen gehabt. Mit welchem Erfolge, ist nicht bekannt. Er soll jedoch mit seinem Rücktritt gedroht haben, falls es ihm nicht gelinge, die Vorlage durchzusetzen.

Offiziös wird Stimmung dafür gemacht, die Beratung der Militärvorlage von der Deckungsfrage zu trennen. Die „Nationalliberale Korrespondenz" erklärt, die Nationalliberalen würden mit der vorherigen Verabschiedung der Militärvorlage einverstanden sein, falls sich der gemeinsamen Beratung unüberwindliche Schwierigkeiten in den Weg stellen sollten.

Wieder ein Angriff auf die Abgeordneten-Immunität.

Die demütigende Stellung, in welche die Reichsregierung zur preußischen Junkerregierung sich hat drängen lassen, wurde bekanntlich bei Beratung des Etats des Reichsamts des Innern von unserm Genossen Fischer an ein paar Beispielen dokumentarisch nachgewiesen. Sofort schrie Herr Delbrück auf, bestätigte die Richtigkeit der vom Gen. Fischer vorgebrachten Tatsachen, klagte aber über „Vertrauensmißbrauch" und lief — zum Staatsanwalt. Aber auch der wird ihm nicht viel helfen können. Zwar ist am 28. Februar Gen. Fischer vor den Richter zitiert worden, um als Zeuge gegen den „noch unbekannten" Vertrauensbrecher vernommen zu werden. Fischer lehnte unter Berufung auf Artikel 30 der Reichsverfassung jede Aussage ab. Aber er hatte damit bei dem vernehmenden Richter kein Glück, nach dessen Auffassung dieser Artikel 30 für den vorliegenden Fall nicht zutreffe.

Nun lautet der Artikel 30 der Reichsverfassung:

Kein Mitglied des Hauses darf zu irgend einer Zeit wegen seiner Abstimmung oder wegen der in Ausübung seines Berufes getanen Äußerungen gerichtlich oder disziplinarisch verfolgt oder sonst außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden.

Der Artikel unterscheidet also ausdrücklich zwischen gerichtlicher und disziplinarischer Verfolgung und der sonstigen Zuverantwortungziehung. Man könnte also annehmen, daß damit die Abgeordneten in bezug auf ihre parlamentarische Redefreiheit genügend beschützt und vor staatsanwaltlichen Belästigungen gesichert seien. Aber juristischer Verstand und der gesunde Menschenverstand sind zwei Dinge, die sehr häufig sich gegenseitig ausschließen. Und so ist denn das Berliner Kammergericht als oberste Instanz glücklich zu der Entscheidung gekommen, daß es keine „Zuverantwortungziehung" sei, wenn ein Abgeordneter unter dem Druck des Zeugeneides gezwungen wird, Aussagen über die seinen Ausführungen im Reichstage zu Grunde liegenden Tatsachen zu machen. Und selbst wenn der Abgeordnete unter die drohende Perspektive gestellt wird, bei Verweigerung des Eides bis zu sechs Monaten ins Gefängnis wandern zu müssen, so ist auch das noch immer keine „Zuverantwortungziehung". Deshalb hatte auch unsere Fraktion vor einigen Jahren einen Zusatz beantragt, der die Immunität der Abgeordneten wirklich sichern konnte; dieser lautete:

„Demgemäß sind die Mitglieder des Reichstags auch berechtigt, in Ansehung dessen, was ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut ist, das Zeugnis zu verweigern. Gegenstände, die ein Mitglied des Reichstags in dieser Eigenschaft erhalten hat, und die sich in seinem Besitz oder seiner tatsächlichen Gewalt befinden, sind der Beschlagnahme entzogen. Dasselbe gilt von den Aufzeichnungen die Mitglieder des Reichstags in dieser Eigenschaft gemacht haben."

Da aber dieser Zusatz heute noch nicht Gesetz ist, so blieb unserm Genossen natürlich nichts weiter übrig, als sein Zeugnis auf Grund des § 54 der Str.-P.-O. zu verweigern, weil je nach Beantwortung der Frage, bezw. nach Lage der Sache er selber sich der Gefahr der strafrechtlichen Verfolgung aussetzen könnte.

So blieb also die Mühe des sozialdemokratischen Abgeordneten zur Herausbringung des staatsgefährlichen „Vertrauensbruches" erfolglos, was sich aber Staatssekretär, Staatsanwalt und Untersuchungsrichter schon vorher hätten sagen können.

Nationalliberal-fortschrittliches Wahlabkommen in Schlesien.

Die Bindung der schlesischen Freisinnigen gegen das Zusammengehen mit der Sozialdemokratie ist jetzt in aller Form durch ein Abkommen mit den Nationalliberalen erfolgt. Das Abkommen enthält folgenden Passus:

„So lange ein Kandidat oder Wahlmann einer der beiden Parteien im Wahlkampfe ist, dürfen von keiner der beiden Parteien Verhandlungen mit dritten Parteien geführt oder Erklärungen getroffen werden, ohne das vorher einzuholende Einverständnis der anderen Kompromißpartei. In einem Wahlkreise, in dem die beiden Parteien im Kompromiß stehen oder sich gegenseitig unterstützen, darf bei den Urwahlen wie bei den Abgeordnetenwahlen weder der gemeinsame Wahlausschuß, noch auch irgend eine offizielle Stelle der beiden Parteien zur Wahl von Wahlmännern oder Abgeordneten einer anderen Partei auffordern."

In dieser gewundenen Form wird der einfachen Tatsache Ausdruck gegeben, daß in keinem schlesischen Kreise der Freisinn für die sozialdemokratische Unterstützung Gegenleistungen bieten darf. Damit hat er sich natürlich um diese Unterstützung gebracht und mindestens vier Mandate an die Reaktion verloren. Auch seine nationalliberalen Kontrahenten werden bei diesem Geschäft in Schlesien nichts erben.

Zünftler als Terroristen.

Die „Freie Vereinigung deutscher Bäckermeister" fordert in einer Eingabe an den Reichstag Gewährung eines genügenden Schutzes auf Grund der bestehenden Rechtsverhältnisse gegen die Zwangsmaßregeln, die von den Innungen gegen ihre Mitglieder oder gegen außerhalb der Innung stehende Meister angewendet werden. Die Innungsmeister stützen ihr Vorgehen auf § 100 q der Gewerbeordnung. Dieser Notschrei der von den Innungen terrorisierten Meister war der Petitionskommission zur Beratung überwiesen worden, die schon vor einigen Tagen bei einer anderen Gelegenheit einen Antrag auf Aufhebung des § 100 q der Regierung zur Erwägung überwiesen hatte. Die sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder verlangten nun die gleiche Behandlung der vorliegenden Petition. Davon wollten aber die Mitglieder der Konservativen und des Zentrums nichts wissen. — In der Begründung betonen die Petenten die Kampfesmittel verschiedener Zwangsinnungen. Nur die Zwangsinnungen halten sich für befugt, Tarifverträge mit dem Gesellenausschuß abzuschließen. Tarifabschluß von Verträgen mit dem freien Verbande der Bäcker wird bei Strafe von 20 Mark für jeden Tag des Verstoßes verboten. Wer Bewilligungsplakat auslegt oder eine Bewilligung der Forderungen der Bäckergesellen durch öffentliche Blätter, Flugblätter usw. bekanntgibt, verfällt ebenfalls in genannte Strafe, da solche Veröffentlichungen „gegen die guten Sitten verstoßen". Die gleiche Ordnungsstrafe trifft solche Bäckermeister (Innungsmitglieder), die ihre Arbeitskräfte anders als durch den Innungsarbeitsnachweis beziehen. Aehnliche Beschlüsse faßten die Bäckerinnungen in Bremen, Neukölln, Gotha, Stuttgart, Altona, Breslau, Chemnitz, Stettin, Halle, Leipzig. In Magdeburg ist gegen 27 Bäckermeister eine Gesamtstrafe von 5700 Mark verhängt worden. Einem Bäckermeister dieses Ortes wurden 1015 Mark Strafe auferlegt und Zwangsvollstreckung in Aussicht gestellt.

Unter Vorammarsch des „Fortschrittlers" Barschat wurde mit 14 Stimmen Uebergang zur Tagesordnung beschlossen.

Gegen die Schundliteratur.

Einer Korrespondenz zufolge beschäftigt sich der Bundesrat gegenwärtig mit einer Vorlage zu Abänderung der §§ 56 und 56c der Gewerbeordnung. Es wird beabsichtigt, die Ausstellung von Werken der Schundliteratur und ihren Verkauf zu verhindern. Die Vorlage soll demnächst an den Reichstag gelangen.

Die Angst vor der Erbschaftssteuer.

Das lebhafte Eintreten eines Teils der bürgerlichen Presse, die Militärvorlage zuerst zu verabschieden und dann erst an die Deckungsfrage heranzutreten, hat bei den Konservativen große Beunruhigung hervorgerufen. Die „Deutsche Tageszeitung" wendet sich mit aller Schärfe dagegen, daß der Regierung die Möglichkeit geboten werden solle, mit wechselnden Mehrheiten zu arbeiten. Das agrarische Blatt befürchtet, daß in diesem Falle die Gefahr besteht, daß der Reichstag die den Agrariern so überaus verhaßte Erbschaftssteuer bewilligen könne. Soweit neue Steuern nötig sind, müßten die wirklich leistungsfähigen Schultern getroffen werden; es sei aber zu vermeiden, daß Steuern vorgeschlagen werden, die am letzten Ende die gesunde Volkskraft untergraben müßten. Wenn die Agrarier Steuern bezahlen sollen, dann erblicken sie darin bekanntlich immer eine „Untergrabung der gesunden Volkskraft". Deshalb führt die „Deutsche Tageszeitung" aus:

„Das politische Ziel bei der Deckungsfrage aber ist ebenso klar gegeben: es muß dafür gesorgt werden, daß die vorgeschlagenen neuen Steuern keine schädigende Wirkung auf die Behandlung der Wehrvorlagen selber ausüben können. Dieses notwendige Ziel kann naturgemäß nur dadurch erreicht werden, daß die Regierung Wehr- und Deckungsvorlage so ausgestaltet, daß beide für die gleiche Mehrheit nationaler Parteien zunächst wenigstens grundsätzlich annehmbar sind. Welcher formelle Weg dabei einzuschlagen wäre, soll hier nicht erörtert, sondern nur nochmals die Unmöglichkeit betont werden, für die Durchbringung der Deckungsvorlage etwa auf eine besondere Mehrheit zu spekulieren. Würde die Regierung auch nur den Anschein erwecken, daß das geschehe, oder würde sie Steuern vorschlagen, die Gegenstand eines scharfen grundsätzlichen Streites zwischen großen nationalen Parteien gewesen sind, so würde von vornherein eine Atmosphäre der Unsicherheit und des Mißtrauens geschaffen, die auch um eine würdige und glatte Erledigung der Heeresvorlage ohne jeden Zweifel ungünstig einwirken müßte."

In wenig verhüllter Form drohen also hier die Agrarier, der Erledigung der Heeresvorlage Schwierigkeiten zu bereiten, falls sie gezwungen werden sollten, zu den neuen Lasten mit beizutragen. Das ist der Patriotismus, der seine Grenze am Portemonnaie der besitzenden Klassen findet. Diese Haltung der Agrarier ist allerdings nichts Neues, denn sie haben bisher bei Steuerfragen es immer meisterhaft verstanden, sich selbst von der Zahlungspflicht zu drücken, den anderen Klassen aber umsomehr Lasten aufzubürden. Die Agrarier halten an der Auffassung fest, daß der Staat die Aufgabe habe, ihnen unausgesetzt Liebesgaben in jeder möglichen Form zuzuwenden, daß er aber nicht das Recht habe, sie auch zur Übernahme von Lasten heranzuziehen.

Österreich-Ungarn.

Zum bevorstehenden ungarischen Generalstreik.

Aus Budapest wird uns unterm 28. Februar gemeldet:

Der Reichstag beschäftigte sich heute mit der Regelung der Lehrergehälter. Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte ein Abgeordneter den Antrag, die Regierung möge den Reichstag auflösen, da es doch nicht angehe, daß ein so wichtiger Gesetzentwurf wie das Wahlrechtsgesetz ohne die Opposition verhandelt werde. Der Präsident ließ darüber keine Debatte zu. Man hatte erwartet, der Präsident werde die Verhandlungen über den Wahlrechtsgesetzentwurf für Montag auf die Tagesordnung setzen; dies geschah jedoch nicht. Halbamtlich wird nun gemeldet, daß die Verhandlungen am Dienstag oder Mittwoch beginnen sollen. Es scheint, daß die Regierung den Termin nicht angeben will, um dadurch die Vorbereitungen zum Generalstreik zu verhindern, die von der Arbeiterschaft bereits getroffen sind.

Im Laufe des heutigen Tages begaben sich die beiden Parteisekretäre ins Polizeipräsidium und machten dem Präsidenten die Anzeige, daß der Generalstreik an dem Tage seinen Anfang nimmt, an welchem die Debatte im Reichstage begonnen wird. Zugleich suchten die beiden Sekretäre um die Erlaubnis nach, am ersten Tage des Streiks einen Demonstrationszug und am zweiten Tage drei große Massenversammlungen abhalten zu dürfen. Der Polizeipräsident erklärte, daß er vom Beginn des Generalstreiks ab jedwede Versammlung, überhaupt jede Ansammlung des Publikums verhindern werde und unter keinen Umständen irgend welche Zusammenkunft gestatte. Er verwies weiter daarauf, daß er strenge Befehle von der Regierung erhalten habe und diese Befehle voll und ganz erfüllen werde.

Es verlautet, daß morgen (Sonnabend) drei Infanterie-Regimenter zur Verstärkung der hiesigen Garnison, welche 8000 Mann beträgt, in Budapest einziehen sollen. Das Kommando über die Hauptstadt Budapest während des Generalstreiks wird der Ortskommandant haben, und zwei Generäle werden bei der Polizei im Einvernehmen mit dieser über die Stadt verfügen. Im Laufe des heutigen Tages haben die militärischen Vertreter mit der Stadtverwaltung verhandelt wegen Überlassung der städtischen Schulen zum Einquartieren des Militärs. Die Verwaltung verweigerte die Hergabe der städtischen Schulen und erklärte den militärischen Vertretern, daß sie sich an den Staat wegen Überlassung der Staatsschulen wenden mögen. Hierauf antworteten die militärischen Vertreter, daß sie bereits die Staatsschulen besetzt hätten, und wenn die Hauptstadt nicht die Erlaubnis zur Verfügung über die städtischen Schulen gibt, dann wird das Militär in Privathäusern einquartiert werden.

Das Parteisekretariat gleicht einem Heerlager. Tausende von Anfragen der Rüstungsgesellschaften, der verschiedenen Spitalsverwaltungen, vor allen der großen Lieferanten bestürmen die Parteikanzlei, um während des Streiks die Erlaubnis zu erhalten, ihre Betriebe aufrecht erhalten zu können. In den Spitälern sind auf Antrag der Hauptstadt 120 Betten für etwaige Verwundete reserviert worden. Der Handelsminister hat in einer Verordnung gestattet, daß am nächsten Sonntag die Arbeitsruhe aufgehoben wird für alle die Lebensmittelerzeuger, für sämtliche Bäckereien, Wurstfabrikanten usw.

Die Stadtverwaltung forderte heute noch einmal die Bevölkerung auf, sie möge sich mit Lebensmitteln versehen.

Wie wir aus sicheren Quellen vernehmen, wird die österreichische Reichstagsfraktion der Sozialdemokratie bei dem Ausbruch des Streiks mehrere Abgeordnete nach Budapest schicken, damit diese das Vorgehen der gemeinsamen Armeen beobachten und dann in Wien beim Kriegsministerium Klage erheben, falls das Militär, welches nur gegen den äußeren Feind sei, in Ungarn gegen die Arbeiter verwendet wird.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonnabend, 1. März.

Achtung! Deutscher Bauarbeiterverband! Über die Stukkateurarbeiten am Kurhaus Travemünde ist die Sperre verhängt. Kein organisierter Kollege darf dort die Arbeit aufnehmen.

Der Zweigvereinsvorstand.

Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet wegen der Wendel-Versammlung anstatt am 4. März am Montag, dem 10. März statt.

Der Lübecker Senat und die Lübecker bürgerlichen Vereine auf dem Kriegspfade gegen die genossenschaftliche Volksfürsorge. Die Arbeiterschaft Lübecks weiß, daß sowohl unsere Regierung als auch die Bourgeoisie unseres Freistaates stets eifrig bemüht sind, alle Bestrebungen der Arbeiter auf Verbesserung ihrer sozialen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse zu bekämpfen. Von der einen Seite geschieht das in offener, von der anderen in versteckter Weise. Wies gemacht wird, zeigt auch die Geschichte unserer famosen bürgerlichen Rechtsauskunftsstelle, durch die dem Arbeitersekretariat und nicht zuletzt der Sozialdemokratie das Wasser abgegraben werden sollte. Als das sich als ein Versuch mit untauglichen Mitteln herausgestellt hatte, halften die bürgerlichen Parteien einfach die Lasten ihres antisozialdemokratischen Instituts dem Staate auf, und betrauten den Senator Dr. Neumann mit der undankbaren Aufgabe, alle drei Jahre im Bürgerschaftssaale das Lob ihrer unparteiischen Gründung möglichst laut zu verkünden. Nachdem dies so fein eingefädelt und gedeichselt wird, sinnt man auf weitere Taten. Und man hat bereits ein neues Feld gefunden, auf dem man sich in ähnlicher Weise „für die minderbemittelten Kreise" zu betätigen hofft. Wir lesen darüber in auswärtigen bürgerlichen Blättern:

Nationale Volksversicherung. Am Sonntag, den 23. d. Mts., waren vom Herrn Senator Dr. Neumann die sämtlichen Vorstände der hiesigen bürgerlichen Vereine zu einer vertraulichen Sitzung im Hause Königstraße 5 eingeladen worden, um dem Gedanken der Gründung eines Vereins für Volksversicherung in Lübeck näherzutreten. Die Gründung ist einstimmig be-

schlossen worden. **Es soll der Arbeit der Sozialdemokratie für ihre „Volksfürsorge" dadurch entgegengetreten werden.**

Die „Volksversicherung gegen die Sozialdemokratie", deren Gründung man „vertraulich" vornahm, bedarf weiter einer Charakterisierung; der Name des Polizeisenators Dr. Neumann bedeutet schon ein Programm. Wir fürchten nur, daß der Verein für „Volksversicherung in Lübeck" einen sehr steinigen Boden vorfinden wird. Diejenigen Leute, die die Arbeiter minderen Rechts gemacht haben, die die werktätige Bevölkerung von der Teilnahme an den Behörden ausschließen, sind gerade die Richtigen, um Volksversicherung zu betreiben.

Eine „öffentliche patriotische Kundgebung zugunsten der beschleunigten Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland" veranstaltete gestern abend der hiesige Nationalliberale Verein im Kolosseum. Wenn diese „Reichstreuen" nachweisen wollten, daß in Lübeck keinerlei Stimmung für den Rüstungswahnsinn vorhanden ist, so ist ihnen das wirklich vortrefflich gelungen. Trotzdem man sich den rechten Flügelmann der Drehscheiben-Partei, Herrn Fuhrmann, verschrieben hatte, trotzdem man „alle reichstreuen Bürger, Frauen, Parteien und Vereinigungen Lübecks" von den Anschlagsäulen herab, in der gesamten bürgerlichen Presse und sonstwie eingeladen hatte, waren noch nicht einmal hundert „Patrioten" — eingerechnet den dauerhaften Reichstagskandidaten der bürgerlichen Parteien, den konditionslosen Amtsblattredakteur und den vaterlandslosen Berichterstatter des „Lübecker Volksboten" — erschienen. Als gefühlvolle Menschen gestatten wir uns, anläßlich eines derartig traurigen Besuches den Veranstaltern der „Kundgebung" unser herzlichstes Beileid auszusprechen. Wo soll denn da die bürgerliche Presse nach den Mut hernehmen, ihren Lesern vorzuschwindeln, das Volk sei militärbegeistert und wünsche den Rüstungskoller. Der Kolosseumsaal bot übrigens für diese „patriotische Kundgebung" noch eine besondere Attraktion: man hatte die Ausschmückung des Saales von einem Mummenschanzspiel her bestehen lassen in der wohlweisen Absicht, daß sie dem Abend angemessen sei, weil es doch zum Programm der Nationalliberalen gehört, die zur Fahne Schwörenden am Narrenseil herumzuführen. Es half alles nichts. Selbst der Referent, dessen erfreulicherweise gewesene Reichstagseigenschaft als Reklamemittel dienen mußte, konnte sich des Staunens nicht erwehren. Er „sah mehr viele, die nicht da sind". Der frühere Apostel des verstorbenen Bürgertums, Direktor Diestel, vermißte in seiner Brandrede die Kaufleute und ein Kieler Parteisekretär kam eigens hierher, um den Lübeckern vorzujammern, daß es auch dort nicht anders sei als in Lübeck: bei den Liberalen und Nationalen oberfaul in der Organisation und im Beitragszahlen, bei den schwerarbeitenden Sozialdemokraten eine Freude und eine Hingabe für ihre gerechte Sache. Wenn drei Barden das Elend ihrer eigenen Partei derart beklagen, dann muß es schon sehr schlecht um den bürgerlichen Patriotismus stehen. Und diese „Patrioten" wollen die Sozialdemokraten vernichten. Wir würden den Raum unnütz verschwenden, wollten wir näher auf auf die im bekannten Kloralen Ton gehaltenen Ausführungen eingehen. Von einem Liberalen, den sich die Vertretung rheinischer Großindustrieller auserkor, kann man nichts anderes verlangen, als daß er für jede unsinnige Wehrmachtsverstärkung eintritt, sie wird — nach Fuhrmanns eigenen Worten — ohne jede Bedingung bewilligt, auch wenn die Verteilung der Lasten nicht so „gerecht" vorgenommen werden sollte, wie die Nationalliberalen es wünschen. Den republikanischen Parteifreunden schrieb Fuhrmann noch ins Stammbuch, daß ihr Herz stets nach jener Seite hin zu schlagen habe, wo — Preußens Fahne wehe. Das braucht man den Lübeckern nicht erst zu sagen. Ein weiterer Herr, der ebenfalls danseat sein will, übte seinen Sprechapparat und wünschte mit dem Referenten, daß ein neuer Volksappell so auslaufen möchte, wie Anno 1907. Sie sehen mit Wonne Frankreichs letzten Zuckungen entgegen und loben die fremdländischen Sozialdemokraten, die so ganz anders sind als die bösen Deutschen, denen man verbieten müßte, in öffentlichen Versammlungen von Militarismus und Marinismus zu sprechen. Herr Dr. Hansen, dessen schätzenswerte Kraft beim Amtsblatt entbehrlich geworden ist, bietet diese jetzt dazu auf, um die maßgebendsten Persönlichkeiten im Reiche für ein deutsches internationales Depeschenbureau zu begeistern. Mit der Schüchternheit einer höheren Töchterschülerin legte er dem edlerisch begabteren Busenfreund diesen Wunsch an's Herz. In einer Resolution, eingegangen von einem unbekannten Spaßvogel, bestätigte der biedere Reichsverbandsschwabe Cloß, der den Abend mit einem „Gedicht" einleitete, von dem man nicht klug wurde, ob es Poesie oder Prosa sein soll, daß sie geloben wollten, ebenso zu handeln wie vor 100 Jahren — damit meinte der Verfasser: daß hundert Jahre Entwicklung den Kopf eines Nationalliberalen nicht beschwerten. Die Resolution, die nur ironisch gemeint sein kann, verulkte die Versammlung als „groß" und bezeichnet scherzend den Referenten als „bisherigen Reichstagsabgeordneten". So hatte denn die „patriotische Kundgebung" den ihrer würdigen komischen Ausklang.

Die Gasmessermiete ungesetzlich? Ein gewiß für weite Kreise sehr interessanter Fall kam nach dem „Berliner Tageblatt" vor dem Amtsgericht in Delmenhorst zur Verhandlung. Im dortigen Bürgerverein wurde zur Sprache gebracht, daß man nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs nicht mehr verpflichtet sei, für eine von der Gasanstalt gelieferte Gasuhr Miete zu zahlen. Eine Reihe von Gasabnehmern beschloß hierauf, die Sache zum gerichtlichen Austrag zu bringen und für die etwaigen Kosten solidarisch zu haften. Einer verweigerte die Zahlung des Mietpreises für die Gasuhr, worauf von der Gasanstalt der Klageweg beschritten wurde. Die Gasanstalt wurde mit ihrem Antrag auf Grund des § 443 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, wonach die „Kosten der Übergabe der verkauften Sache, insbesondere die Kosten des Messens und Wägens, dem Verkäufer zur Last fallen", kostenpflichtig abgewiesen. Das Amtsgericht gab ferner der Ansicht Ausdruck, daß sogar die Rückerstattung der seit dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches entrichteten Miete für Gasuhren verlangt werden könne. Die gleichen Grundsätze dürften für die Miete von Wassermessern und Elektrizitätsmessern Geltung haben.

Dieses Urteil hat für alle Gemeinden, in denen Messermieten, gleichviel welcher Art, erhoben werden (also auch für Lübeck. Red.), grundsätzliche Bedeutung. Von der Entscheidung der höheren Gerichtsinstanzen wird es abhängen, ob die Messermieten tatsächlich dem Gesetz zuwiderlaufen. Die Gemeinden, so wird dazu bemerkt, werden dadurch kaum getroffen. Wahrscheinlich würden sie sich damit helfen, daß sie die Preise um die ausfallende Miete erhöhen.

b. **Strafkammer am 28. Februar.** Gelegenheit macht Diebe. Ein alter Kuhknecht hatte sich in seiner letzten Stellung in Holztamp die Erlaubnis ausgewirkt, seinen Koffer vorläufig stehen lassen zu dürfen, weil er noch nicht wüßte, in welche Gegend es ihn verschlagen würde. Während der alte Mann seine Habseligkeiten nun sicher aufgehoben wähnte, tippelten zwei Handwerksburschen an dem Ort vorbei, Segeberg zu. Gelegenheit macht Diebe. Sie sahen ein offenstehendes Fenster, stiegen hinein und gewahrten den Koffer. Dieser wurde auf den Hof getragen, erbrochen, und mit dem Inhalt kehrten die beiden M. und Sch. nach Lübeck zurück, wo der Raub im Werte von 20 Mk. an einen Trödler verschachert wurde. Bis zum 1. September haben die Diebe in Lauerhof Unterkunft gefunden. — In des Pastors Garten zu Rensefeld lag seit langer Zeit ein Baumstämmchen verlassen da. Zwei verschwägerte Arbeiter H. und N. erbarmten sich des herrenlosen Gutes, trugens nach Hause und da H. arbeitslos war, eine kranke Frau und wenig Geld hatte, machte er nach einigen Tagen Brennholz daraus. Bei dieser Beschäftigung traf ihn die hohe Polizei, die sich nach dem Herkunftsort des Holzes erkundigte. Der Staatsanwalt beantragte für den Diebstahl bei H. wegen Rückfalls 3 Monate und bei N. 1 Woche Gefängnis. Das Gericht stellte nach wiederholter Beratung das Verfahren ein. Es wurde der § 248a zugrunde gelegt, nach dem bei Diebstählen von geringwertigen Gegenständen zum alsbaldigen Verbrauch Bestrafung nur auf Antrag erfolgt; ein solcher war nicht gestellt. Das Holz war etwa 1,20 Mk. wert. — Eine recht unüberlegte Korrektur nahm der Handlungsgehilfe B. aus Neustadt an seinem Militärpaß vor. In Weimar hatte er sich vom Bezirkskommando nach seiner Heimat abgemeldet. Den Paß legte er in seinen Koffer, der erst später eintraf. Um nun den Eutiner Bezirksfeldwebel über die verspätete Anmeldung zu täuschen, änderte B. die Abmeldung vom 13. November in den 18. November um. Er ahnte nicht, daß auch vom Ersatzreserveamt in Weimar ein Überweisungsformular eingesandt wurde. Diese eigenmächtige Änderung brachte den jungen Handlungsgehilfen wegen Urkundenfälschung vor die Strafkammer, die ihn zu drei Tagen Gefängnis verurteilte. Auf ungenügend entschuldigter, verspäteter Anmeldung steht sonst Geldstrafe von 1—60 Mk. oder Arrest.

b. **Strafkammer am 1. März.** Dem Maurermeister J. wird Vergehen gegen das Gesetz betr. Sicherung der Bauforderungen zur Last gelegt. Nach diesem Gesetz, das wenigstens einigermaßen Rechenschaft für empfangene Gelder fordert, ist jeder Bauausführende verpflichtet, ein Baubuch zu führen, in dem eine genaue Übersicht über die Verwendung des Baugeldes ersichtlich ist. Andere geschäftliche Eintragungen dürfen darin nicht vermerkt werden. J. führte in der Kalandstraße einen Neubau auf, der einen Wert von 84 000 Mk. haben sollte. Im März 1912 machte er Bankerott und leistete daraufhin den Offenbarungseid, worauf die Handwerker einen Teil ihres Geldes einbüßten. Bei näherer Prüfung des Baubuchs stellte sich dessen unordentliche Führung heraus. Es waren darin die Gerichtskosten, Stempel- und Maklergebühren, Steuern aufgeführt, und Löhne für Zimmerer und Maurer eingetragen, die an Grundstücken in der Düsterer Querstraße und Lohberg arbeiteten. Dadurch waren — nach dem Baubuch — 3541 Mk. mehr ausgegeben als eingenommen. Das Gericht verurteilte J. dem Antrage des Staatsanwalts gemäß zu 100 Mk. Geldstrafe oder 10 Tagen Gefängnis. Dem Urteil wurden mildernde Umstände zugrunde gelegt, aber hervorgehoben, daß der gesetzliche Schutz des Handwerks energisch durchgeführt werden müsse, Leute, die sich für geeignet halten, Baue aufzuführen, müßten sich über die Gesetze unterrichten oder das Bauen unterlassen. Von einer erhöhten Strafe sei nur abgesehen, weil eine betrügerische Absicht nicht vorgelegen habe. — Ein Arbeiter Sch. auf dem Hochofenwerk stahl seinem Kameraden im Junggesellenheim Kleidungsstücke, fuhr nach Hamburg und verklopfte sie für 5 Mark. Er erhielt 6 Monate Gefängnis. — In der Wirtschaft Faasch in Kücknitz hielt in der Nacht ein angetrunkener Matrose W. zu einer Zeit Einkehr, als Wirt und Gäste längst schliefen. Er erbrach die Tür, stahl 6 Kisten Zigarren, Zigaretten, Schokolade, Bittern und Briefmarken. Dem Angeklagten kommt für diesen schweren Einbruch seine bisherige Unbestraftheit zugute, unter Berücksichtigung mildernder Umstände kommt er mit 6 Monaten weg.

Statistische Jahresübersicht über die Stadt Lübeck im Jahre 1912. Lübeck hatte Ende 1911 99790 und Ende 1912 100 795 Einwohner, ist also im Jahre 1912 um 1005 (1911: 1206) Einwohner größer geworden. Der Zuwachs beruht zu 714 (677) auf Geburtenüberschuß und zu 291 (529) auf Wanderungsgewinn; der letztere hätte sich auf über 700 belaufen, wenn nicht durch die Verlegung der Irrenanstalt nach Strecknitz 416 Personen in Abgang gekommen wären. — Die natürliche Bevölkerungsbewegung war im vergangenen Jahre folgende (die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf das Jahr 1911); es betrug die Zahl der Eheschließungen 775 (744) auf 1000 Einwohner 7,73 (7,50), Geburten 2270 (2232) 22,63 (22,50), Sterbefälle 1556 (1555) 15,51 (15,67). Danach stieg die Zahl der Eheschließungen gegen 1911 um 31 (48), der Geburten um 38 (217) und die der Sterbefälle um 1 (49). Der starke Geburtenrückgang der letzten Jahre ist mithin 1912, hoffentlich nicht nur vorübergehend, zum Stillstand gekommen. Unter den Geborenen waren 273 oder 12,3 (253 oder 11,3) Prozent unehelich und 66 oder 2,9 (55 oder 2,5) Prozent tot. Das Alter der Gestorbenen stellte sich in 290 (347) Fällen auf unter 1 Jahr — die Säuglingssterblichkeit wurde durch den kalten Sommer günstig beeinflußt — und ging in 358 (381) über 70 hinaus. Unter den Todesursachen standen wie im Vorjahr die Krankheiten der Kreislauforgane mit 197 (162) Fällen an erster Stelle, dann folgte wieder Krebs mit 116 (120), darauf Lungenschwindsucht mit 107 (83), Lungenentzündung mit 99 (101), Gehirnschlag mit 93 (89), angeborene Lebensschwäche mit 93 (76), Krankheiten der Atmungsorgane mit 75 (74), Altersschwäche mit 73 (109) und Magen- und Darmkatarrh mit 65 (85), dagegen Brechdurchfall nur mit 22 (88) Fällen. Ansteckende Krankheiten führten 77 (83) mal zum Tode, am meisten Keuchhusten, nämlich 28 (18) mal, ferner Diphtherie 20 (31), Typhus 11 (5), Kindbettfieber 9 (3), Masern 5 (22) und Scharlach 4 (4) mal. Insgesamt wurden 893 (1630) solcher Krankheiten zur Anzeige gebracht, davon Diphtherie 273 (460), Masern 243 (955), Scharlach 230 (223) und Typhus 98 (39) mal. Der Gesundheitszustand war also viel günstiger als 1911. Gewaltsamen Todes starben 78 (71), davon 36 (24) durch Selbstmord — (2) durch Mord und Totschlag und 42 (45) dur Verunglückung. Die Wanderungsbewegung führte 20 953 (19 685) Personen her und 20 662 (19 156) fort, schloß also mit einem Gewinn von 291 (529) Köpfen ab und war unter Berücksichtigung der Ausgemeindung der Irrenanstalt somit etwas günstiger als im Vorjahre.

Die Not der Zeit. Im Monat Januar wurde der Offenbarungseid von 20 Personen vor dem hiesigen Amtsgericht geleistet.

Konkurseröffnung. Über das Vermögen der Firma Chemische Werke Paap & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung zu Lübeck, ist am 28. Februar 1913, vormittags 10 Uhr 55 Min. das Konkursverfahren eröffnet worden. Der Rechtsanwalt Dr. E. Brehmer in Lübeck wurde zum Konkursverwalter ernannt.

Schiffsstrandung. Gestern morgen 7 Uhr ist der Dampfer „Stadt Lübeck" auf der Fahrt von Bornholm nach Lübeck (leer) am Strand von Klein-Klütz am Elmenhorster Ufer gestrandet. Schleppdampfer von Lübeck sind unterwegs. Die Mannschaft ist gerettet.

pb. **Vermißt. Am Donnerstag, dem 20. d. Mts., vormittags, hat sich das am 7. September 1895 in Bernsdorf geborene Dienstmädchen Anna Torbahn aus der Wohnung seiner Dienstherrschaft in der Margarethenstraße entfernt und ist bis heute nicht zurückgekehrt.** Die Vermißte, welche starkes, blondes Haar und schmales, blasses, pickliges Gesicht hat und etwa 1,68 bis 1,70 Meter groß ist, war bekleidet mit blauem Hut mit grauer Feder, bräunlichem Jackett mit braunem Sammetkragen und blauem Kostümrock. In der letzten Zeit trug sie ein schwermütiges Wesen zur Schau. Es wird vermutet, daß sie irgendwo planlos umherirrt oder daß ihr ein Unglück zugestoßen ist.

pb. **Kleine polizeiliche Nachrichten.** Am 28. v. Mts. hat eine Frau auf dem Wege Schüsselbuden, Hinter St. Petri, Schmiedestraße, Klingenberg, Aegidienstraße bis zur Stavenstraße ein Sparkassenbuch des Stockelsdorfer Kreditvereins verloren. Es wird vor Ankauf oder Inpfandnahme dieses Buches gewarnt. — In der Nacht vom 27. zum 28. v. Mts. sind von dem auf der Kochschen Schiffswerft liegenden Dampfer „Askania" etwa 15 Meter Bleirohr in der Stärke von 1 und 1¼ Zoll abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Die erste Hälfte des neuen Spielplans gibt zunächst am Montag, vielfachen Wünschen entsprechend, eine weitere Wiederholung der reizvollen Oper „Madame Butterfly", der am Dienstag als erste Aufführung in dieser Spielzeit Gounods Faustoper „Margarethe" folgt. Für Mittwoch ist das immer gern gesehene und überlustige „Autoliebchen" vorgesehen. Diese Aufführung findet zu kleinen Preisen statt. Die nächste Aufführung von Otto Anthes am Dienstag, dem 25. v. M. erfolgreich aufgeführtem Schauspiel „Frau Juttas Untreue" findet am Freitag statt. Für morgen verweisen wir noch auf das dritte und letzte Gastspiel von Frau Marie Bartsch-Jonas als Elisabeth (eine ihrer Glanzpartien) in „Tannhäuser".

Stockelsdorf. Auf zum Frauentag! Am Montag abend 8 Uhr findet im Lokale des Herrn Paetau in Fackenburg eine Volksversammlung statt, in der Genossin Steinbach-Hamburg über das Thema: „Die Frauen fordern ihre Gleichberechtigung" sprechen wird. Parteigenossinnen und Genossen! Sorgt für einen zahlreichen Besuch dieser Versammlung.

Hamburg. Der alte Nagel gestorben. Im hohen Alter von 94 Jahren ist am Montag Genosse Wilhelm Gerhard Nagel, „der alte Nagel", wie er kurzweg genannt wurde, gestorben. Er gehörte zu den Veteranen der Arbeiterbewegung, und in den sechziger Jahren, als in Hamburg die moderne proletarische Bewegung sich zeigte, spielte er eine nicht unbedeutende Rolle. Nagel arbeitete als Schriftsetzer in der Druckerei der sozialdemokratischen Partei, jetzt Auer & Co. Mit ihm ist wieder einer dahingegangen, der in sich ein Stück Parteigeschichte verkörperte und in unsere Generation hineinragte wie ein Denkmal der Vorzeit. Wenn der alte Nagel gelegentlich von seinen Erlebnissen erzählte und dabei längst geschichtlich gewordene Namen erwähnte, als ob deren Träger mit in der Tafelrunde säßen, hatte er Auge und Ohr der Jüngeren, denen er ein lebendiges Bild der Anfänge der Arbeiterbewegung entwarf. Aus allen den Wirren und Stürmen, aus all dem Streit und Zank, die er miterlebt und mitgemacht hatte, brachte er die gefestigte sozialdemokratische Überzeugung hinüber in die neue Zeit. Wohl das älteste Mitglied der sozialdemokratischen Partei, ist er nun geschieden. Ehre seinem Andenken!

Altona. Zur Landtagswahl nahm auch eine gemeinschaftliche Mitgliederversammlung der Ortsvereine Altona und Ottensen Stellung. Als Kandidat für den 8. Landtagswahlkreis (Altona-Stadt) wurde Genosse Adler-Kiel einstimmig aufgestellt. Der bisherige Kandidat Genosse Wurm hat die Kandidatur niedergelegt, weil er inzwischen in den Reichstags gewählt worden ist und Doppelkandidaturen möglichst vermieden werden sollen.

Apenrade. Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich in Bramdrup. Der Landmann Lassen war mit seinem Knechte im Walde mit dem Fällen von Bäumen beschäftigt. Tischlermeister Jens Johannsen aus Bramdrup war dabei, um das Holz auszumessen. Als nun ein Baum fiel, wurde Johannsen von diesem auf den Kopf getroffen und auf der Stelle getötet. Der Verunglückte, etwa 50 Jahre alt, hinterläßt eine Witwe mit 12 Kindern, von denen 9 noch nicht konfirmiert sind.

Lund (Nordschleswig). Schweres Brandunglück. Das Gewese des Schmiedemeisters Thomas Lauritzen in Lund bei Bülderup-Bau ist gänzlich niedergebrannt. In den Flammen kamen fünf Stück Rindvieh um. Ein zehnjähriger Knabe verbrannte so schlimm, daß er bald starb, während ein erwachsener Sohn und ein vor der Konfirmation stehendes Mädchen so gefährliche Brandwunden erlitten, daß wenig Hoffnung vorhanden ist, sie am Leben zu erhalten.

Theater und Musik.

Im Neuen Stadttheater setzte gestern abend Frau Bartsch ihr Gastspiel als Gräfin in „Figaros Hochzeit" von Mozart fort. Die geschätzte Künstlerin verhielt sich leider sehr reserviert. Ihrem Gesang fehlte die echte Wärme und auch ihre Darstellung vermochte kaum zu interessieren. Die Vorstellung wies zwar einige beachtliche Leistungen auf, krankte jedoch als Ganzes an einer bemerklichen Unsicherheit der meisten Beteiligten. Das Theater war dicht gefüllt. Daß Frau Bartsch hier in Lübeck noch nicht vergessen ist, dürften ihr auch die vielen duftenden Angebinde bewiesen haben.

P. L.

Spielplan des Neuen Stadttheaters, Lübeck.

Vom 2. bis 9. März 1913.

Sonntag, den 2. März, nachm. 3 Uhr: „Hannoles Himmelfahrt", eine Bühnendichtung von Gerhart Hauptmann. Abends 7½ Uhr: Letztes Gastspiel von Marie Bartsch-Jonas vom Stadttheater in Brünn: „Tannhäuser", Oper von Rich. Wagner. Montag, den 3. März: „Madame Butterfly", Oper von Puccini. Dienstag, den 4. März: „Margarethe" (Faust), Oper von Ch. Gounod. Mittwoch, den 5. März: „Autoliebchen", Burkeke-Operette v. Jean Gilbert. Donnerstag, den 6. März: „Fra Diavolo", komische Oper von Auber. Freitag, den 7. März: „Frau Juttas Untreue", Schauspiel von Otto Anthes. Sonnabend, den 8. März: „Hoffmanns Erzählungen", Oper von Offenbach. Sonntag, den 9. März, abends 8 Uhr: „Der Frauenfresser", Operette von G. Eysler.

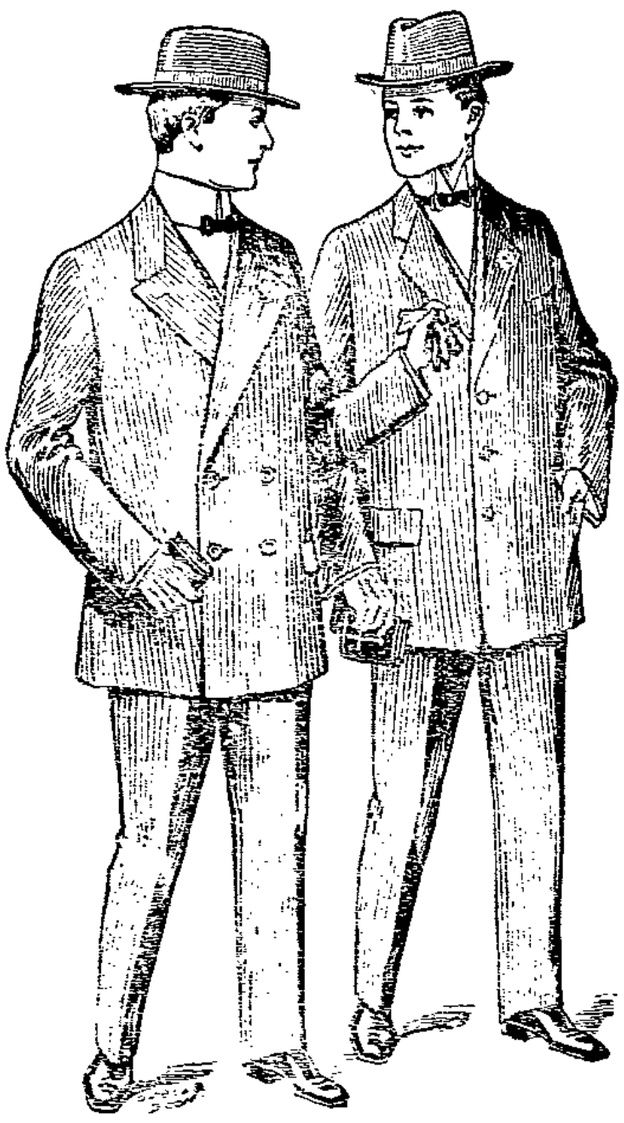
Hamburger Butterpreise.

Hamburg, den 28. Februar.

1. Qualität	143—247 Mk.
2. Qualität	129—135 „
Russisch-Sibirische 1. Qualität, verzollt	128—132 „
Russisch-Sibirische 2. Qualität, verzollt	118—127 „

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Zur Konfirmation



In sehr grosser Auswahl und in tadellosen Passformen fertig am Lager!

Konfirmanden-Anzug in ein- oder zweireihiger Form, haltbare Qualität **12⁷⁵**

Konfirmanden-Anzug blau Cheviot, in solider Verarbeitung, moderne Formen ... **18⁵⁰**

Konfirmanden-Anzug tragfähige gute Qualität, in ein- oder zweireihigen Passons **24⁵⁰**

Konfirmanden-Anzug blauer Diagonal-Cheviot, sehr gut im Tragen **29⁷⁵**

Konfirmanden-Anzug echtfarbene blaue Kammgarnware, vornehme Verarbeitung ... **34⁵⁰**

Konfirmanden-Anzug prima blau Cheviot, in eleganter Machart **39⁵⁰**

Konfirmanden-Anzug blau Diagonal-Kammgarn, vorzügliche Qualität **42⁵⁰**

Konfirmanden-Anzug hochfeiner Melton-Cheviot, in sehr eleganter Ausstattung ... **46⁵⁰**

Farbige Jünglings-Anzüge
aus strapazierfähigen Qualitäten, in ein- und zweireihigen Formen
12⁵⁰ 16⁵⁰ 19⁷⁵ 22⁵⁰ 26⁵⁰ 29⁵⁰ 34⁵⁰ 39⁵⁰

Konfirmanden-Hüte. | **Lehrlings-Ausrüstungen für jeden Beruf.** | **Konfirmanden-Wäsche.**

(1560

Rudolph Karstadt.

Gewerkschaftshaus
Lübeck, Johannisstraße 50-52
ff. gepflegte Biere.
Kalte und warme Speisen zu jeder Tageszeit.
ff. Mittagstisch ff. von 12—2 Uhr, 65 Pfg.
107)

Zentral-Speisehalle
1536) **Hüxstraße 61.**
Mittagessen .... 0.50 u. 0.55 M.
Abonnement .... 3.00 u. 3.50 M.
Abendessen .... 0.35 u. 0.40 M.

---

104 **Willy Koch**
:: Zahntechniker ::
Lübeck, Holstenstrasse 21.

Goldene und silb. Uhren
105) **gut und billig.**
L. S. Baruch, Pfandleihgeschäft, Aegidienstr. 35.

Ad. Hübner, Uhren- u. Goldwaren-handlg. u. Reparatur-werkstatt. (108) **Fünfhausen 13.**

Schönes trockenes
Buchen-Abfallholz
ab Fabrik 80 Pfg. und frei Haus 1 Mk. pro Sack. (4
F. E. Schacht & Co.,
Tel. 239. Moislinger Allee 41.

Gelegenheitskauf!
Eine Partie neue **Spiralf.-Ketten-Matratzen** besonders billig.
1533) Kleine Grövelgrube 16.

Renfeld, Kirchenstr. (110
Bill. Baupl., 10 Min. v. d. el. Bahn.
N. Heinr. Soroe, Breite Str. 52 u. Schw.

Ein schwarzes Kleid
für eine Konfirmandin billig zu verkaufen. (1551) Lange Reihe 39a.

Eine Scheidenschiebkarre
zu verkaufen.
1544) Glandorpstraße 35, part.

Buffett, Plüschgarnitur, Vertiko, Tisch, Schlafzimmer-Einrichtung, Stühle, Gardinen, Teppich, Handnähmaschine f. billig zu verkaufen.
1534) **Johannisstraße 70, I.**

Runkelrüben
zu verkaufen.
1526) Ziegelstraße 116.

Auf Teilzahlung
in bequemen wöchentlichen oder monatlichen Raten.

Bettstellen	**Bücherschränke**
Matratzen	**Schreibtische**
Kleiderschränke	**Salonschränke**
Waschtische	**Büfetts**
Nachtschränke	**Chaiselongues**
Sofas	**Küchenschränke**
Tische	**Rauchtische**
Vertikos	**Nähtische**
Trumeaus	**Wanduhren**
Pfeilerspiegel	**Stummediener**
Spiegelschränke	**Anrichten**
Stühle	**Flurgarderoben**
Federbetten	**Gardinen**
Teppiche	**Portieren**

(1569

Kompl. Wohnungs-Einrichtungen
Wohn- und Schlafzimmer, Salons, Speise- und Herrenzimmer, sowie Küchen.

Jeder Käufer
kann die Höhe seiner Teilzahlungen selbst bestimmen.

Siegfried Ittmann
Lübeck, Breitestr. 33 I

Geschäfts-Eröffnung.
Eröffne heute Sonnabend, den 1. März, in dem Hause **Moislinger Allee 14** (vorm. Herm. Block) ein

Fettwaren-, Delikatessen-, Konserven- und Räucherwaren-Geschäft.
Spezialität: Frische Landeier und täglich frische Bücklinge und Sprotten.

Mit der Bitte, mein junges Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen, empfehle ich mich ganz ergebenst

Telephon 1539. **Otto Kempcke.**

Bestellungen frei Haus.
Gebe rote Lubeca-Marken. (1565

Schuhwarenhaus Helene Kröger
Beckergrube 33, Ecke Fünfhausen
Konkursausverkauf.
1568) **Der Konkursverwalter.**

Sehr guterhalt. Klappwagen
mit Gummireifen billig zu verkauf.
1523) Drögestraße 5a, II.

Gesangbuch
als Konfirmationsgeschenk passend, zu verkaufen.
1524) Segebergstraße 26, II.

Zwei Bettstellen mit Matratzen billig zu verkaufen.
1531) Vorwerk, Bogenstraße 2.

Ein guterhalt. **Fahrrad** mit Freilauf und Rücktrittbremse zu verkaufen. Preis 35 Mk. (1554
Maiblumenstraße 7, Hochpart.

Grammophon
mit Platten billig zu verkaufen.
1550) Feldstraße 15, part.

Ein guterhalt. Sportwagen
mit Gummireifen zu verkaufen.
1542) Wickedestraße 29, I.

Fortzugshalber ein **Vertiko,** echt nußbaum, und eine **Hängelampe,** fast neu, billig zu verkaufen.
1539) Friedenstraße 20, I.

Blaues Kleid
zu verkaufen. (1513) Alsheide 1.

Zu verkaufen ein **Haus** in der Vorstadt St. Lorenz, enthaltend 4 Wohnungen a 2 Zimmer u. Zubehör. (1517) Näh. Emilienstr. 4.

Kartoffelland,
gut gedüngt, □Rute 50 Pfg. ist zu verpachten. (1304
Callies, Wesloe.

Zu verpachten best. Kartoffelland, Quadratrute 70 Pfg., unbestellt auch auf l. Jahre Quadratrute 45 Pfg.
1553) Ziegelstraße 184.

Aerztlicher Sonntagsdienst
am 2. März von 1 Uhr ab. (1522
Dr. med. Schwartz, Arnimstr. 17.
Dr. med. v. Thaden, Breitestraße 29.
Dr. med. Grönewoldt, Schwart. Allee 4

Wäsche von jungen Leuten zu waschen und auszubessern gesucht. Angebote unter **B S** an die Expedition dieses Blattes. (1525

1. Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 51. Sonnabend, den 1. März 1913. 20. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten".

Berlin, den 28. Februar 1913.
122. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.
Am Bundesratstisch: v. Breitenbach.

Die Reichseisenbahnen.

(Zweiter Tag.)

Peirotes (SD.): Bei diesem Etat stehen die vitalsten Interessen Elsaß-Lothringens auf dem Spiel und der Reichstag ist der einzige Ort, wo wir unsere Wünsche und Beschwerden vorbringen können. Wir haben einen Etat der Reichseisenbahnen. Ebenso gut aber könnten wir sagen: der preußischen Bahnen in Elsaß-Lothringen. Es ist der preußische Geist, der unsere Bahnen leitet (Sehr richtig! bei den Soz.) und dieser Geist gefällt uns absolut nicht. Wenn der elsaß-lothringische Landtag wenigstens Gelegenheit hätte, die Vorprüfung des Etats vorzunehmen, würden die Verhandlungen hier außerordentlich vereinfacht werden. Der Eisenbahnminister hat uns das leider abgelehnt. Vermutlich, weil er in unserem Landtage nicht so leicht wie hier mit den Beschwerden gegen seine Verwaltung fertig wird. Hier im Reichstag predigen wir in der Tat ziemlich tauben Ohren. Trotzdem werden wir sagen, was wir für nötig halten. Die Tatsache bleibt bestehen trotz der Verschleierungsversuche im Etat, daß die elsaß-lothringischen Bahnen 1911 42 Millionen Überschuß geliefert haben. Von diesen vom Lande Elsaß-Lothringen gelieferten Überschüssen hat aber Elsaß-Lothringen so gut wie nichts. Der Eisenbahnbetrieb, der in gewissem Sinne als kaufmännischer Betrieb angesehen werden kann, zahlt bei uns keinerlei Steuern, und das Aequivalent, das uns der Reichstag verschafft hat, daß einzelne Gemeinden ein paar Hunderttausend Mark bekommen, genügt uns keineswegs. Elsaß-Lothringen muß für jede Bahn, die dort angelegt wird, pro Kilometer 40 000 Mark ausgeben. Bisher haben wir 40 Millionen an Zuschüssen zu diesem Anlagekapital bezahlt. Diese Gelder wenigstens könnte uns das Reich verzinsen. Wir fordern aber weiter, daß uns auch ein Anteil an dem Überschuß gewährt wird. Unser Land muß als Grenzland schwere wirtschaftliche Nöte durchmachen, die ihm von Reichs wegen auferlegt sind. Elsaß-Lothringen leidet hart an der Zollpolitik. Unsere ganze Finanz- und Verkehrspolitik krankt daran, daß wir die Eisenbahnhoheit nicht besitzen und auf unser Eisenbahnwesen so gut wie keinen Einfluß haben. Wichtige Bahnen fehlen uns. Wir brauchen eine Verbilligung der Tarife und die Beschleunigung des Verkehrs. Redner erörtert diese Verkehrswünsche im einzelnen. Er fordert den Ausbau der Bahn, die Kolmar mit Freiburg verbindet, und den Bau der Riedbahn, für die sogar strategische Rücksichten sprechen, weil sie leichter zu verteidigen ist, als die jetzt bestehende Baseler Bahn. Auch eine Gebirgsbahn längs der Vogesen ist notwendig. Ferner empfiehlt sich der Ausbau des zweiten Gleises nach Molzheim. Hier verhindert der Militarismus den Ausbau dieser Bahn. Am Aschermittwoch hat der heilige Militarismus die verkaterten Lachmuskeln der reichsländischen Bevölkerung in wohltuende Bewegung gesetzt. (Heiterkeit.) Hier aber zeigt er sich von seiner unangenehmen Seite durch die Schädigung unserer wirtschaftlichen Interessen. Redner verlangt dann weiter die Einführung von Sonntagskarten vom Lande in die Stadt, die Einstellung von Wagen vierter Klasse in die Eilzüge oder wenigstens eine Vermehrung der beschleunigten Personenzüge und Sitzgelegenheit in der vierten Klasse. Was die Beamtenfragen anlangt, so fordern wir, daß die aus dem Arbeiterstande hervorgegangenen Beamten auf Lebenszeit angestellt und die sogenannten Hilfsbeamten durchweg zu Beamten ernannt werden, weil sie ständig Beamtendienst verrichten müssen. Weiter erforderlich ist die gesetzliche Regelung der Dienst- und Ruhezeiten, die Errichtung von Beamtenausschüssen und die Verbesserung des Disziplinarverfahrens. Nun zu den Arbeiterfragen und unserem Antrage. Auch Herr Schwabach hat gestern formelle Bedenken gegen unseren Antrag erhoben. (Abg. Schwabach: Auch materielle!) Gewiß, Sie haben auch eine sachliche Nachprüfung wollen eintreten lassen, aber davon werden die Arbeiter nicht satt. Die Lohnerhöhung ist durchaus notwendig, das haben uns die Arbeiter ohne Unterschied der Partei nachgewiesen, beträgt doch der durchschnittliche Lohn nur 1197 Mk. und der notwendige Verbrauch an Nahrung allein 1430 Mk., und müssen doch bei 60 % aller Arbeiter die Frauen mitverdienen; das mögen die Leute bedenken, die stets sagen, die Frau gehört ins Haus. (Sehr wahr! bei den Soz.) Gewiß hat die Verwaltung unter dem Druck der hier geübten Kritik die Löhne seit 1908 etwas erhöht, aber ausreichend sind sie keineswegs. Der Minister hat auf die noch niedrigeren Gravenstadener Löhne hingewiesen. Dort werden hauptsächlich ungelernte Arbeiter beschäftigt, die Löhne der qualifizierten Arbeiter sind höher als bei den Eisenbahnen. Der Minister ist dabei auf die Gravenstadener Angelegenheit eingegangen und hat gesagt, es habe sich um die Wahrung nationaler Interessen gehandelt. Sind denn die elsaß-lothringischen Interessen nicht auch nationale? (Sehr gut! bei den Soz.) Diese aber sind aufs schwerste geschädigt worden. Wir tadeln durchaus die Maßregelung des Fabrikdirektors wegen seiner politischen Gesinnung, wenn wir auch keinen Grund haben, ihn irgendwie herauszustreichen. Er war ein Fabrikpascha von reinstem Wasser, er hat 26 unserer Parteigenossen wegen ihrer politischen Gesinnung gemaßregelt (Hört, hört! bei den Soz.), er hat sie nach 15jähriger Tätigkeit mitten im Winter auf die Straße geworfen. (Abg. Behrens: Er hat also Wiedervergeltung bekommen!) Wenn Sie von Ihrem christlichen Standpunkt das gut heißen, ich als Sozialdemokrat tue das nicht. (Sehr gut! bei den Soz.) Es sind die Interessen von 20 000 Arbeitern und 12 Gemeinden aufs Spiel gesetzt, die Folge war eine schwere Schädigung der elsaß-lothringischen Interessen, das Straßburger und das Mühlhauser Werk sind getrennt worden, und der Staat nimmt nun 70 000 Mk. weniger aus Steuern ein. Will der Eisenbahnminister uns diesen Ausfall aus seinen Überschüssen geben? (Sehr gut! bei den Soz.) Auch die deutschen Interessen sind schwer geschädigt worden, denn der Fall Gravenstaden hat Anlaß zu der Boykottbewegung in Frankreich gegeben. Weiter hat der Minister gestern behauptet, die Arbeiter sind mit dem Stückzeitlohn zufrieden und hat sich dafür auf Telegramme der Arbeiterausschüsse berufen. Man rief ihm dazwischen, die Sachen sind gemacht. Er hat eben Leute, die so etwas machen können, er ist in dieser Sache genau so informiert, wie der Gutsherr von Cadinen über den Anbau des Pettkuser Roggens. (Heiterkeit und Sehr gut!) Uns sind eine Reihe von weiteren Klagen über das neue Lohnsystem zur Verfügung gestellt worden. Des weiteren hat der Minister uns Sozialdemokraten wieder einmal als staats- und ordnungsfeindliche Menschen hingestellt, als staatsfeindlich, weil wir die Demokratie erstreben, als ordnungsfeindlich, weil wir die Beseitigung der jetzigen Wirtschaftsanarchie erstreben, weil wir Ordnung in seinen Betrieben schaffen wollen, Ordnung auf gesetzlicher Grundlage, Ordnung, die nicht auf dem Wohlwollen des Ministers beruht. (Sehr gut! bei den Soz.) Weiter sagte der Minister, die Arbeiter, die sich den grundlegenden Prinzipien der Verwaltung fügen, sind vollkommen frei. Ich stelle fest, daß auch Arbeiter, die auf das Streikrecht verzichtet haben, gemaßregelt worden sind. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Worte des Eisenbahnministers stimmen also nicht mit seinen Taten überein. (Sehr wahr! bei den Soz.) Einer der Gemaßregelten, ein Zentrumsmann, schrieb öffentlich: „Ich bin überzeugter Katholik, in politischer Beziehung Zentrumsmann, und hoffe, daß auch trotz des gegenteiligen Wunsches der Eisenbahnverwaltung bis an mein Lebensende zu bleiben. Trotz meiner 28jährigen Dienstzeit und trotzdem ich durch den Verlust der 5 Finger der linken Hand im Dienste der Eisenbahnverwaltung zum Krüppel geworden bin, hat man mich von einem zum andern Tag brotlos gemacht. Ich hoffe, daß die Zentrumsredner dem Eisenbahnminister bei der Interpellation die gebührende Antwort geben werden." Die gebührende Antwort des Herrn Schiffer bestand darin, daß er sagte, er wisse nicht, ob den gemaßregelten Arbeitern Unrecht geschehen sei. Eine himmelschreiendere Anklage gegen unsere Eisenbahnverwaltung als dieser Brief läßt sich kaum denken. (Sehr wahr! bei den Soz.) Man sage also nicht, die Eisenbahnarbeiter sind frei; sie haben die Freiheit zu verhungern, und sich auf die Schienen zu legen, wie es tatsächlich geschehen ist. (Zuruf rechts: Pfui!) Ihr Pfui! kann mich nicht irre machen. Sie würden vielleicht auch Pfui! rufen, wenn dieser Arbeiter verfahren wäre wie sein Kollege Kunschat, der Mörder von Schuhmeier. Der Minister Breitenbach stellt uns als Hetzer hin. Er huldigt der antiquierten Auffassung, als ob die ganze soziale Frage nur von Hetzern und Aufwieglern gemacht würde. Von meinem Freund Fuchs sagte er, er wolle lediglich alle Einrichtungen der Eisenbahnverwaltung heruntersetzen. Ich weiß nicht, ob es zu den Obliegenheiten eines preußischen Ministers gehört, an der Ehrlichkeit des politischen Gegners zu zweifeln. Wenn es der Fall ist, freue ich mich, nicht preußischer Minister zu sein. (Sehr gut! bei den Soz.)

Präsident Kämpf: Sie werfen dem Minister Illoyalität vor, das ist parlamentarisch unzulässig.

Peirotes (fortfahrend): Dann bedauere ich, daß die deutsche Sprache keinen passenden Ausdruck für meine Gefühle hat. (Sehr gut! bei den Soz.) Herr Schwabach hat meinem Freunde Fuchs vorgeworfen, er habe den Abg. Ickler denunziert. Davon kann gar keine Rede sein. Fuchs hat lediglich davon gesprochen, daß auch ein Verband, an dessen Spitze Herr Ickler steht, sich über die Ohnmacht der Arbeiterausschüsse lustig macht. Die Forderung einer Neugestaltung des Arbeiterrechts, die Herr Schwabach vertrat, hat ja manches für sich. Nur fürchten wir, die Neugestaltung würde zu einer neuen Knebelung führen. Man soll die Arbeiter einfach unter die Gewerbeordnung stellen, und ob man ihnen das Streikrecht dann gewähren will oder nicht, ist nicht so erheblich, denn wenn sie stark genug sind, so werden sie eine Besserung ihrer Lage eventuell auch durch den Streik erkämpfen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Zum Schluß noch einige Wünsche für meinen Wahlkreis. Angesichts der teuren Verhältnisse in Colmar wünschen die Arbeiter, daß die Nebenwerkstätte der Hauptstelle gleichgestellt wird, außerdem zwei, nicht einen Sonntag frei im Monat, und an Kaisers Geburtstag nicht den halben, sondern den ganzen Tag frei. Feiert man den Tag schon, dann muß er auch ganz frei sein. Der Minister will politische Agitation in den Betrieben nicht dulden, in Colmar aber wird für die bürgerlichen Parteien nicht nur in den Betrieben, sondern sogar während der Arbeitszeit agitiert. (Hört, hört! bei den Soz.) Schaden wird uns das ja nicht, wir werden darum nicht eine Stimme weniger bekommen. Aber keinesfalls gehört es sich. (Sehr richtig! bei den Soz.) Viele Wünsche stelle ich zurück, um die Zeit nicht zu sehr in Anspruch zu nehmen; ich bitte, unseren Anträgen zuzustimmen, sie stellen das Minimum dessen dar, was gefordert werden muß. Der Reichstag, der durch seine Zollpolitik die Lebensmittel so sehr verteuert hat, hat auch die Pflicht, dafür zu sorgen, daß wenigstens einigermaßen ein Ausgleich geschaffen wird, damit die Arbeiter ein auch nur einigermaßen menschenwürdiges Dasein fristen können. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Kuckhoff (Z.): An den von der Kommission beschlossenen Beamtenzulagen werden wir ebenso festhalten, wie bei der Post. In der reichsländischen Bevölkerung besteht nun einmal ein großes Mißtrauen gegen die ihr aus dem übrigen Reich aufgedrängten Beamten. Da ist es bedauerlich, daß der Prozentsatz der elsaß-lothringischen Bahnbeamten wieder zurückgegangen ist. Durch die Verquickung politischer Dinge mit Beamtenwünschen, wie das der Redner der Sozialdemokratie getan hat, werden die Interessen der Beamten nur geschädigt. (Sehr richtig! im Zentr.) Wir hoffen auf das Wohlwollen des Ministers bei der Prüfung der Beamtenwünsche.

Ickler (NL.): Die Wünsche der Beamten und Arbeiter sind dem Minister zwar bekannt, wir müssen sie aber doch hier vorbringen, zumal zum Teil noch große Härten bestehen. Das Lokomotivpersonal verlangt mit Recht eine Einrechnung der Nebeneinkünfte in das pensionsfähige Einkommen und eine Verkürzung der Dienstzeit. Für die Arbeiter sind nicht unerhebliche Mehraufwendungen gemacht, aber andererseits ist für die Arbeiter alles teurer geworden. Das Stückzahlsystem ist von Peirotes in Grund und Boden verurteilt worden. (Zuruf bei den Soz.: Das ist eine Uebertreibung!) Dies System hat gewiß Fehler, wie jedes Menschenwerk, aber im Grunde ist es doch gut. Die Auslegung der Lohnordnung ist ein großer Fortschritt. Daß der Höchstlohn jetzt unter allen Umständen mit 38 Jahren erreicht wird, ist eine gewaltige Verbesserung gegen früher. In den neuen modern eingerichteten Werkstätten bewährt sich das System großartig. Die Hauptsache ist, daß die Leute selbst nicht die Faust in der Tasche machen, und Einzelfälle agitatorisch ausnützen, sondern mitarbeiten an dem Ausbau des Systems. Für die Betriebskrankenkassen fordere auch ich die beschränkte freie Arztwahl. Auch das Verlangen der Arbeiter nach Ausdehnung des Erholungsurlaubes ist sehr berechtigt. Leider machen sich gegen die Wünsche der Arbeiter oft Gegenströmungen geltend. So sagte mir einmal ein hoher Herr: Die Streckenarbeiter verdienten sicherlich kein Wohlwollen; sie seien im Grunde recht träge, so oft man in einem Zuge an einer Kolonne Streckenarbeiter vorüberfahre, sehe man, wie sie nicht arbeiten, sondern dastehen und den Zug anschauen. (Große Heiterkeit.) Wahrscheinlich meinte der hohe Herr, die Arbeiter sollten während des Vorbeifahrens des Zuges auf der Strecke arbeiten. Das Streikrecht können die Eisenbahnarbeiter freilich nicht haben; in Frankreich mußte der Minister Briand den Streik der Verkehrsarbeiter mit den schärfsten Mitteln unterdrücken. (Lebh. Zustimmung bei den bürgerl. Parteien.)

Eisenbahnminister v. Breitenbach: Alle diese Anregungen und Wünsche werden sorgfältig geprüft werden. Ueber das Lob, das Herr Ickler, der ja den Arbeitern nahesteht, dem neuen Stückzeitlohnsystem gewidmet hat, bin ich sehr erfreut. Daß die Sozialdemokraten über den Umschwung, der sich in den Anschauungen der Arbeiter bezüglich des Akkordsystems vollzogen hat, sehr enttäuscht sind, ist ja sehr begreiflich. Herr Abg. Peirotes berührte auch die Gravenstadener Angelegenheit. In diesem Falle hat die Eisenbahnverwaltung unzweifelhaft bewiesen, daß die industriellen Interessen des Landes von ihr voll gewürdigt werden. Falls sie geschädigt sind, müssen die Anklagen an eine andere Stelle gerichtet werden. (Zustimmung rechts.) Ferner meinte der Abg. Peirotes mit Bezugnahme auf einen bestimmten Fall, auch nichtsozialdemokratische Arbeiter würden gemaßregelt. Die Entlassung mußte in diesem Falle erfolgen, weil eine Versündigung gegen die Disziplin vorlag. Schließlich warf mir der Abgeordnete vor, ich stelle die Sozialdemokraten als Aufwiegler hin. Ich weiß nicht, wie er zu dieser Auffassung kommt. Ich bin lediglich bemüht, das große Personal, das mir untersteht, über die Bestrebungen der Sozialdemokratie aufzuklären und werde niemals davon ablassen. (Bravo! rechts.)

Behrens (Wirtsch. Vgg.) wendet sich gegen die sozialdemokratische Resolution auf eine 10—15prozentige Lohnerhöhung der Eisenbahnarbeiter, da dadurch die Spannung zwischen den höheren und niedrigeren Löhnen noch größer werde. Es genüge, eine den teueren Lebensverhältnissen entsprechende Aufbesserung zu verlangen.

Dr. Haegy (Els.) wünscht, daß mehr Eisenbahnbeamte aus einheimischen elsaß-lothringischen Familien genommen werden.

Dr. Schatz (Els.) fordert bessere Eisenbahnverbindungen in Elsaß-Lothringen und Einführung der beschränkten freien Arztwahl in den Betriebskrankenkassen. Man sollte auch den Kassenärzten nicht die Hände binden, und ihnen vorschreiben, nur ganz billige Mittel wie Bitterwasser zu verschreiben. Das ist falsches Sparsystem. (Sehr richtig!).

Emmel (Soz.): Herr Behrens hat sich darüber aufgeregt, daß wir eine Aenderung, die er in der Kommission zu unserem Antrag eingebracht hatte, nicht aufgenommen hätten. Es ist aber nicht unsere Sache, die Wünsche des Herrn Behrens zu erfüllen; wenn er eine Aenderung des Antrags wünscht, möge er sie selbst beantragen. Der Staatssekretär scheint der Auffassung zu sein, daß die Arbeiter jetzt mit dem Akkordsystem ganz zufrieden sind. Es mag sein, daß die Arbeiter im Augenblick damit einverstanden sind, weil sie etwas mehr verdienen, aber in ein, zwei Jahren werden genau dieselben Klagen geführt werden, weil die Löhne eben ungenügend sind. — Ueber die Rentabilitätsberechnung, wie sie der Staatssekretär aufgestellt hat, wird man in kaufmännischen Kreisen nur lachen können. Wir werden auf diese Sache im nächsten Jahre eingehend zurückkommen müssen. Der Minister hat ferner betont, daß die Lohnerhöhungen 1911 und 1912 84 Mark für den einzelnen Arbeiter ausmachen. Er vergißt dabei aber, daß die Lebensmittelteuerung wesentlich höher gewesen ist. In der Angelegenheit Gravenstaden scheint der Minister eingesehen zu haben, daß sein Vorgehen nicht berechtigt war. In der Tat sind dadurch deutsche Maschinenfabriken schwer geschädigt worden, weil in Frankreich eine Boykottbewegung gegen deutsche Waren und Fabrikate durch diesen Fall herbeigeführt worden ist. (Hört, hört!) Er meinte, die Vorwürfe hätte man an eine andere Richtstelle richten sollen, damit meint er jedenfalls die Stelle, durch die er hineingelegt worden ist. — Ueber die Fragen des Staatsrechts scheint der Chef der Reichseisenbahnverwaltung noch sehr der Aufklärung zu bedürfen (Hkkt.), wenn er an uns die Frage richtete, was wir mit Angehörigen unserer Partei machen, die nicht Disziplin halten, denn er stellt damit eine politische Partei in gleicher Linie mit einem Staat. Parteimitglieder, die sich gegen die Disziplin vergehen, stellen sich damit von selbst außerhalb der Partei, aber man kann sich nicht als Staatsbürger außerhalb des Staatsverbandes stellen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Sehr eigentümlich war auch seine Bemerkung, er halte es für seine Pflicht, die Sozialdemokraten zu bekämpfen. Was er als Privatperson tut, ist uns gleichgültig. Als Chef der Reichseisenbahnverwaltung sollte er aber nach den Ansichten der Staatsrechtslehrer der heutigen Gesellschaft über den Parteien stehen. (Sehr gut! b. d. Soz.) In der Tat aber betätigt er sich nach diesen seinen Worten als konservativer Parteiagitator. (Zuruf b. d. Soz.: Mißbrauch der Staatsgewalt!) Gewiß, das ist auch . . . . (Präsident Dr. Kämpf: Damit verlassen Sie den Boden der Sachlichkeit! Hkkt.) Im übrigen kann der Chef der Reichseisenbahnverwaltung die Arbeiter von seinem demokratisch-junkerlichen Standpunkt zwar zwingen, äußerlich nicht in die Erscheinung treten zu lassen, was sie politisch denken und fühlen, aber ihre Ueberzeugung wird er ihnen trotzdem nicht nehmen können. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wir müssen gegenüber diesem Versuch, unter der Firma der Aufklärung der Arbeiter ihre Meinungsfreiheit zu beschränken, entschieden protestieren, damit verstößt der Minister gegen Recht und Gesetz. (Präsident Kämpf ruft den Redner wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung.) Auf jeden Fall bedeutet diese Ankündigung eine Beeinträchtigung der Meinungsfreiheit der Eisenbahnarbeiter. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Und insofern, als er schon öfter Arbeiter ihrer politischen Ueberzeugung wegen gemaßregelt hat, und von diesem Gesichtspunkt habe ich auch die vorige Bemerkung mit Recht getan. (Bravo! b. d. Soz.)

Minister v. Breitenbach: Ich nehme für mich in Anspruch, daß ich über den Parteien stehe mit der einzigen Ausnahme, daß ich in meinem Betriebe die sozialdemokratische Partei in all ihren Betätigungen bekämpfen werde. (Bravo! rechts; Lachen bei den Soz.) Dadurch werde ich mich auch durch so excessive Reden wie die meines Vorredners nicht behindern lassen. Meine Rentabilitätsberechnung wird von allen Eisenbahnverwaltungen gutgeheißen. Im übrigen erhebe ich Einspruch gegen die Behauptung des Vorredners, ich sei bureaukratisch-junkerlich. Das ist eine ganz unzutreffende Beurteilung meiner Persönlichkeit. (Heiterkeit bei den Soz.)

Damit schließt die Debatte.

Der Antrag Albrecht auf 10 bis 15prozentige Lohnerhöhung für die Eisenbahnarbeiter wird abgelehnt, die Resolution Ablaß auf Berücksichtigung der organisierten Hausindustriellen wird angenommen.

Eine weitere Resolution der Sozialdemokraten aus dem vorigen Jahre, wonach an Feiertagen, die in die Woche fallen, den Arbeitern der Reichseisenbahn der Lohn gezahlt werden soll, wird mit den Stimmen der Sozialdemokraten, einiger Fortschrittler und des Zentrums angenommen. Gleichfalls angenommen wird eine auf sozialdemokratische Anregung beruhende Resolution aus dem vorigen Jahre, wonach alle Vorteile, die für die Postunterbeamten und Arbeiter beschlossen werden, sinngemäße Anwendung auch auf das Personal der Reichseisenbahnen finden.

Angenommen wird weiter ein Antrag Behrens, wonach Eisenbahnarbeiter über 25 Jahre als Mitglieder der Arbeiterausschüsse wählbar sein sollen.

Es folgen die Resolutionen der Budgetkommission. Angenommen wird die Resolution, die den Reichskanzler ersucht, die nötige Zahl von Assistentenstellen zu beschaffen und den Stationsdiätaren eine angemessene Beförderungsmöglichkeit zu gewähren. Angenommen wird weiter die Resolution, die einen Gesetzentwurf verlangt, durch den die im Jahre 1909 in der zweiten Lesung beschlossenen Gehaltssätze für die Unterbeamten in die Besoldungsordnung aufgenommen werden sollen.

Eine dritte Resolution ersucht den Reichskanzler, zu veranlassen, daß den Mitgliedern des elsaß-lothringischen Landtags Freifahrscheine auf den Reichseisenbahnen im selben Umfange, wie sie den Mitgliedern des Reichstages auf allen deutschen Bahnen zustehen, gewährt werden.

Berichterstatter Emmel erklärt dabei: In den Reichslanden und auf den Reichsbahnen sollte doch nicht das preußische Muster gelten, das übrigens auch im Abgeordnetenhause als nicht mehr zeitgemäß betrachtet wird. Der Chef der Reichseisenbahnen hat sich allerdings gegen den einstimmigen Beschluß der Budgetkommission ablehnend verhalten.

Die Resolution wird hierauf vom Hause fast einstimmig angenommen.

Die Abstimmung über die Petitionen wird auf die dritte Lesung verschoben.

Damit ist der Etat erledigt.

Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr pünktlich. (Marine-Etat.)

Schluß 7 Uhr.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Anstandsdame. Manche Betriebe mit viel weiblichen Arbeitern haben sich die Einrichtung einer sogenannten Anstandsdame zugelegt. Das ist eine „gebildete Dame", die die Arbeiterinnen bemuttern soll. Wie das geschieht, dafür liefert der Betrieb der Firma Hugo Schneider A.-G., Lampenfabrik in Leipzig-Paunsdorf, wieder einen schönen Beweis. Die „Anstandsdame" hält dort nämlich den Arbeiterinnen während der Frühstückspause erbauliche Vorlesungen, und wenn eins der geplagten Geschöpfe seinem kargen Frühstück etwas mehr Aufmerksamkeit widmet, als den Vorlesungen der „Dame", so wird es einfach entlassen. Das geschah erst vor kurzem wieder einem jungen Mädchen, das bei der Vorlesung „unaufmerksam" gewesen war. Alle Versuche, die Entlassung rückgängig zu machen, blieben ohne Erfolg. Als sich ein Kontorangestellter für das junge Mädchen verwandte, entgegnete ihm schnippisch die „Anstandsdame": „Sie haben wohl etwas von dem Mädchen?" — Die „Dame" suchte also sofort etwas hinter der einfachen Menschenpflicht, einem ungerecht behandelten Menschen beizuspringen. Dafür nennt man eine solche Einrichtung: „Anstandsdame", und sie hat den Zweck, das „sittliche Niveau" der Arbeiterinnen zu heben. . . .

Aus Nah und Fern.

Der „hinausgeschmissene" Pächter als Prozeßgegner gegen Wilhelm II. Gestern wurde vor dem Landgericht der Prozeß der kaiserlichen Gutsverwaltung von Cadinen gegen den Gutspächter Sohst verhandelt, der die Kündigung der Pacht abgelehnt hatte, weil er noch fünf Jahre Vertrag habe und sich ebenso geweigert hatte, das Vorwerk Rehfelde, das er gepachtet hat, zu räumen. Sohst ist der Pächter, von dem der Kaiser kürzlich äußerte, daß er ihn „hinausgeschmissen" habe. Die kaiserliche Verwaltung wurde mit der Klage auf Aufrechterhaltung der Kündigung zum 30. Juni 1913 abgewiesen. Somit bleibt Sohst noch fünf Jahre Pächter des Vorwerks Rehfelde. Es ist also vorläufig nichts mit seinem „Hinausschmiß."

Seine Frau lebendig verbrannt. Der Bäckermeister Kialkowski, der erst zu Weihnachten geheiratet hatte, glaubte berechtigten Grund zur Eifersucht auf seine Frau zu haben. Freitag nacht holte er seine schlafende Gattin aus dem Bett und warf sie, ehe er daran gehindert werden konnte, in den glühenden Backofen, und bedrohte seine Gesellen mit einem Revolver, wenn einer von ihnen es wagen sollte, seine Frau aus dem Ofen zu ziehen. Bis einer der Gesellen die Polizei geholt hatte, war der Körper der unglücklichen Frau vollständig verkohlt.

Vom Zuge zermalmt. Am 27. Februar, um 8 Uhr 5 Min. abends, wurde vom D-Zug auf der Strecke Königsberg—Eydtkuhnen ein Fuhrwerk überfahren. Das Fuhrwerk war anscheinend infolge Schlafens des Kutschers in einer Zugpause von dem die Bahn rechtwinklig kreuzenden, mit Schranke und Beleuchtung versehenen Übergang zwischen den Bahnkörper gelangt, zwischen den Gleisen gefahren und vom D-Zug erfaßt worden. Der Kutscher und das Pferd wurden getötet, der Wagen zertrümmert. Der Besitzer des Fuhrwerks ist nicht ermittelt worden.

Wer boykottiert? Ein Gastwirt in Heinersdorf (Prov. Brandenburg) wollte in seinem Lokale ein Konzert veranstalten, und er hatte die Kapelle des Ulanenregiments in Züllichau gewonnen. Ohne Angabe von Gründen erhielt er aber eine Absage. Dann wandte sich der Wirt an die Infanterie-Kapelle in Glauchau. Das Lokal war zur festgesetzten Stunde besetzt, und die Kapelle traf auch pünktlich ein, doch spielte sie nicht. Der Musikmeister erklärte dem Wirt, er könne nicht spielen, da in dem Lokale die Sozialdemokraten ihre Versammlungen abhalten! Die bürgerlichen Blätter, die sich über die etwa von Arbeitern veranstalteten Boykotte aufregen, schweigen natürlich über den Militär-Boykott.

Hotelbrand in Omaha. Das dreistöckige Deweyhotel in Omaha im Staate Nebraska ist gestern in aller Frühe niedergebrannt. Fünfundsiebzig Hotelgäste sind verbrannt. Da auch das Fremdenbuch des Hotels vernichtet ist, ist es schwer die Persönlichkeiten der Verunglückten festzustellen. Nur fünfundzwanzig Personen konnten von der Feuerwehr gerettet werden. Das Hotel ist vollständig eingeäschert worden. Der Materialschaden beträgt über eine Million Dollars.

Ein Fall „Schönebeck-Allenstein" in der Schweiz. Vor vier Jahren schlich sich in Allenstein (Ostpreußen) Hauptmann v. Goeben in das Haus seiner Geliebten, erschoß deren Gatten, den Major v. Schönebeck, und ging seelenruhig wieder nach Hause. Als er später verhaftet wurde, machte er im Gefängnis „Harakiri", um „die Ehre der Uniform zu wahren". Sein gemütvolles Liebchen aber, das den Schuß mit angehört, und sich dann ruhig zum Schlafen wieder niedergelegt hatte, kam nach Ablauf ihres „Trauer"jahres zuerst vor die Geschworenen und dann (Juli 1910) in ein Sanatorium. In Bern geht eine elegante Pariserin, Madame Cerisier, am Arme ihres Gatten und in Begleitung ihres gemeinsamen Hausfreundes Delacoeur und dessen Mutter aus dem Theater nach Hause. Plötzlich ein dumpfer Schuß — und im nächsten Augenblicke sinkt Monsieur Cerisier tot zu Boden, mitten auf der Straße! Der Hausfreund läuft ein paar Schritte fort, um den Mörder zu verfolgen, kehrt aber bald zurück und begleitet Madame Cerisier nach Hause, „weil ihr fror", wie er sagte. Die Leiche des Gatten blieb, da es Nacht war und jene Gegend ziemlich menschenleer, im Blute auf der Straße liegen. Nachdem dann Herr Delacoeur die frierende Madame, die nun Witwe geworden ist, ins warme Boudoir gebracht, kommt er zur Leiche zurück und leistet den sich inzwischen angesammelten Neugierigen Gesellschaft. — Von dem Mörder fehlt jede Spur. Niemand hat bemerkt, wie er sich leise an die vier Personen herangeschlichen, niemand (außer dem Hausfreund), wie er sich wieder entfernt hat . . . Bei der Untersuchung stellt sich heraus, daß die Stelle am Hinterkopf, wo die Kugel eingedrungen, starke Verbrennungsspuren zeigt. Es wird also klar, daß der Mörder dem Opfer den Revolver sozusagen „aufgesetzt" und dann abgedrückt hat. Daher auch das gute Zielen, denn die Kugel drang zur Stirn wieder heraus. Dazu kommt, daß sich die Verwunderung über die Gemütstiefe der „frierenden" Madame auch auf den Untersuchungsrichter überträgt — und wenige Stunden später sitzt das Täubchen samt ihrem Galan in getrennten Schlafzimmern im Gefängnis. . . . . Da es sich auch in diesem Falle um Angehörige der „besseren" Berner Gesellschaft handelt — beide Herren sind Direktoren französischer Bahnunternehmungen in Bern —, so hat die gutgesinnte bürgerliche Presse das Moralisieren über die Verderbtheit und moralische Verkommenheit der — unteren Volksklassen für einige Tage eingestellt, hütet sich auch einige Zeit, in die Sonne zu gehen, damit die Butter auf ihrem Haupte nicht schmilzt. Nachher, wenn auch diese Mordtat im Strudel der Ereignisse untergegangen ist, kann man ja das mit forciertem Eifer wieder nachholen. . . . . .

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Am 27. Februar verschied nach längerer Krankheit unser mehrjähriger Mitarbeiter 1570

Franz Lowack.

Wir betrauern in dem Entschlafenen einen guten und zuverlässigen Mitarbeiter und werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Lübecker Genossenschafts-Bäckerei
e. G. m. b. H.
Der Vorstand. Der Aufsichtsrat.

Minna Meier
Friedrich Haase
Verlobte. 1567
Travemünde, z. Z. Lübeck. Lübeck.

Zentralverb. d. Bäcker u. Konditoren Deutschlands.
Zahlstelle Lübeck.

Am Donnerstag, dem 27. Februar, starb nach langem Leiden unser langjähriges Mitglied, der Bäcker

Franz Lowack.

Er war lange Jahre ein eifriges, treues Mitglied unserer Organisation, jederzeit bereit, für die Interessen seiner Kollegen einzutreten. In ihm verlieren wir einen eifrigen Mitkämpfer unserer Sache.

Wir werden ihm stets ein treues Andenken bewahren.

Die Beerdigung findet am Montag, dem 3. März, mittags 12 Uhr, von der Leichenhalle des Burgtorfriedhofs aus statt. Die Kollegen versammeln sich um 11½ Uhr in „Luisenlust". (1538
Der Vorstand.

Danksagung.

Für bewiesene herzliche Teilnahme sowie für die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau sage allen, insbesondere Herrn Hauptpastor Holm für seine trostreichen Worte, meinen innigsten Dank. (1546

Carl Conrad Andersen.

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität
Ortsgruppe Lübeck.

Am Donnerstag, dem 27. Februar, verschied nach langem Leiden unser langjähriger Genosse

Franz Lowack

im 43. Lebensjahre.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Montag, dem 3. März, mittags 12 Uhr, auf dem Burgtorfriedhof statt.

Die Mitglieder werden ersucht, sich um 11½ Uhr zahlreich in „Luisenlust" einzufinden.
1541) Der Vorstand.

Jung. Frau sucht Beschäftigung
für Werktagnachmittags. Gefl. Angebote unt. K W a. d. Exp. (1512

Ein ordentlicher Bursche,
der Ostern die Schule verläßt, zum 1. April in Kost und Logis gesucht
Joh. Meier, Fahrradhandlung,
1555) Arnimstr. 12a.

Gesucht zu Ostern
ein Junge,
der die Schule verläßt, nach dem Lande. Näheres
1545) Böttcherstraße 14—16.

Zum 1. April große Stube mit Mitbenutzung, kann auch Küche ben.
1567) Arnimstraße 44a, II.

Zu vermieten eine Drei-Stuben-Wohnung mit Stall und Garten zu sofort oder zum April.
1556) Fackenburg 87.

Eine abgeschl. Zwei-Zim.-Wohn. mit gr. Balkon u. sämtl. Zubehör zum 1. April zu vermieten.
1516) Kottwitzstraße 15.

Durch Zufall ein neues Sofa z. Klappen (Diwan), pass. f. Brautleute, zu verkaufen sowie ein Jüngl.-Pal. und ein Paar Stiefel, beides 2mal getragen, Größe 40, preiswürdig zu verkaufen. (1535) Brüderstr. 3a.

8 Hühner u. 1 Italiener-Hahn, 1 Selbstfahrer, 2sitzig, und eine Taschenuhr, passend für Konfirmanden, z. verk. (1543) Sedanstr. 7.

Harzer Kanarienhähne und Weibchen in großer Auswahl billig zu verkaufen. (1521
Glorinstraße 32/34, part. l.

Ein Satz Ferkel
zu verkaufen. (1549) Arnimstr. 40.

50 schicke Damen-Masken-Kost. billig zu vermieten. (1019
Breite Straße 24, part. Flügel.

20 elegante Herren-Masken-Anzüge billig zu vermieten
1399 Weithoffstraße 37, pt.

Berufsbekleidung

Lehrlings-Ausrüstungen
zu bekannten billigen Preisen für jedes Gewerbe.
(1529

Johannes Holst
Kohlmarkt 6. Rote Rabattmarken. Markt 6.

Visiten-Karten
empfiehlt die Buchdruckerei von Friedr. Meyer & Co.

Charles Dickens' ausgewählte Werke
in 2 Bände gebunden, enthaltend die Erzählungen: Oliver Twist, Nikolaus Nickleby, Klein Derrit und verschiedene andere sind wieder vorrätig. Preis 3 Mk.

Buchhandlung von Fr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Die höchste Vollendung

in Sitz, Verarbeitung und Qualität,
prachtvolle neue Farben in wundervoller Ausmusterung zeigen unsere

Herren-Anzüge

ein- und zweireihig, in den Preislagen:
13⁰⁰ 18⁰⁰ 23⁰⁰ 29⁰⁰ 35⁰⁰ 42⁰⁰ 49⁰⁰ 55⁰⁰ 62⁰⁰ M.

Frühjahrs-Paletots

Marengo, Covercoat etc. in modernen Fassons
18⁰⁰ 24⁰⁰ 29⁰⁰ 34⁰⁰ 39⁰⁰ 44⁰⁰ 49⁰⁰ 53⁰⁰ 62⁰⁰ M.

Lehrlings-Ausrüstungen
für jeden Beruf.

Konfirmanden-Anzüge

dunkelblau, schwarz, marengo, ein- und zweireihig
8⁵⁰ 11⁵⁰ 15⁰⁰ 18⁵⁰ 23⁰⁰ 28⁰⁰ 34⁰⁰ 39⁰⁰ 44⁰⁰ M.

Konfirmanden-Hüte, Wäsche, Krawatten, Handschuhe.

Entzückende Neuheiten:
Knaben-Anzüge — Knaben-Paletots
Knaben-Mützen, Südwester etc.

Unsere Spezialität:
Tadellos sitzende Kleidung
auch für korpulente, sehr schlanke u. untersetzte Herren.

Rote Lubeca-Marken oder 4 Prozent in bar.

Spille & v. Lühmann

Lübeck, Sandstraße.

Mitglied der Vereinigung großer Spezialgeschäfte Deutschlands für Herren- und Knaben-Kleidung e. V. 1552

Schneeweiße Wäsche
gibt **Ragoda-Schnellwaschmittel.** Ohne Chlor. Garantiert unschädlich. Zur schnellen Einführung geben wir gratis und franko wertvolle Gegenstände z. B. gegen Gutscheine von 10 Pfg. 1 echt silbernes Kollier, 1 Paar Messer u. Gabeln. Verlangen Sie Prospekte beim Kaufmann.
Ragoda gilt nach dem heutigen Stande der Wissenschaft als bestes Waschmittel. Nicht zu helfen ist denen, die es nicht glauben und keinen Versuch mit Ragoda machen. (230

Weh dem, der lügt.

Zu der Vorstellung des Arbeiter-Bildungsvereins und Bücher **à 20 Pfg.** bei uns zu haben.
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Hintze & Stech

Größte Möbelfabrik Lübecks
empfehlen 882
Wohnungseinrichtungen.
Direkter Verkauf an Private zu billigen Preisen gegen bar in der Fabrik:
Moislinger Allee 60.

Betten-Duve liefert bestens und billigst. 102 **Gr. Burgstr. 32.**

Frister & Rossmann-Nähmaschinen. 1333
Sticken u. Stopfen. Nähen vor- u. rückwärts. Über 1½ Millionen im Gebrauch. Auf Wunsch gegen Wochen- oder Monatsraten.
Generaldepot: **Gust. Kath, Sandstraße 14.**

Trinkt
8) **Buntekuh-Kümmel**
Dampfkorn-Brennerei Buntekuh.

Carl Folkers Möbelmagazin

25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
1) **Billigste Preise.**
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

Alle Sorten Brennmaterialien
liefert zu billigst. Preisen frei Haus
Hans Lübcke,
Wickedestr. 33-35. Teleph. 2378.
Bei Lieferung (112
ab Lager ermäßigte Preise.

Glasscheiben
aller Art billigst, auch im einzelnen.
Kitt, Draht, Glaserdiam. v. 4.⁄⁄ an.
Oscar Tauchnitz, Fensterglas-Handl.
Hüxtertor-Allee 13. — F. 803. (405

Willi Westfehling
empfiehlt zur 1558
Konfirmation
Uhren u. Goldwaren
32 Holstenstraße 32

Moderne Garnituren durch Zufall nur 90 Mk., prachtvolle Salongarnitur statt 220 Mk. nur 165 Mk., direkt an Private, Händler verbeten. Lager **Wahmstr. 83.** Inhaber Fachmann. Salon- und Auszugtische 18 Mk., Spiegel, Trumeaus, Vertikos, Schreibtische, Buffets, Divans, Umbauten, Lederstühle, Schlafzimmer, Küchen, Stühle, Bilder jetzt enorm billig. Plüschgarnitur fr. 85 Mk. (152

Aufforderung zu der am **23. März (1. Ostertag)** im **Konzerthaus Flora** stattfindenden **Ringerkonkurrenz um die Meisterschaft von Lübeck** sowie um die von der Vereinigung gestifteten Preise. **Meldeschluß** am **11. März,** 11½ Uhr abends.
Meldelisten liegen aus bei **Chr. Wien,** Große Burgstraße 11, und **W. Rathmann,** Kleine Burgstraße 25. (1540

Gebrüder Barg

Kohlmarkt 5. Fernsprecher 1739.
1. Stock: Grosses Spezial-Lager
in fertigen
Herren- und Knaben-Garderoben.
Durch Einführung von **Neuheiten** bedeutende Vergrößerungen in der Auswahl.

Herren-Anzüge
15, 20, 30, 50 Mk. usw.

Herren- und Jünglings-Anzüge
blau Cheviot, in ein- und zweireihiger Form
12, 18, 22, 29, 35 Mk. usw.

Herren-Anzüge
2reihiger **Gehrock**
39, 47, 55, 59 Mk. usw. (1559

Jünglings-Anzüge
in den modernsten Formen
25, 35, 45 Mk. usw.

Frühjahrs- und Sommer-Paletots
16, 25, 35 Mk. usw.

Buckskin- und gestr. Kammgarn-Herren-Beinkleider
4.50, 6.75, 12, 15 Mk. usw.

Herren- und Jünglings-Buckskin-, Cheviot- und Kammgarn-Jacketts
Loden-Joppen, Loden-Pelerinen
in allen Größen und Preislagen.

Knaben-Anzüge
Knaben-Blusen, -Beinkleider, -Pyjacks,
ferner **Höschen** mit und ohne Leibchen
in großer Auswahl.
Rote Rabattmarken oder 4 Prozent in bar.

Oeffentliche politische Versammlung.

Mittwoch, den 5. März, abends 8½ Uhr,

Grosse

Volksversammlung

im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Johannisstr

Tages-Ordnung:

1. Die Lage auf dem Balkan und die deutsche Politik

Referent: Reichstagsabgeordneter **Hermann Wendel**-Frankfurt a. M.

2. Freie Aussprache.

Parteigenossen! Arbeiter! Sorgt für einen Massenbesuch dieser hochwichtigen Versammlung!

Der Einberufer.
Paul Löwigt, Johannisstraße 46.

(1514)

Kaffeehaus Moisling.
1457 Sonntag, den 2. März:
Freies Tanzkränzchen.

Friedrichshof.
Jeden Sonntag: **Tanzkränzchen.** (1518)
Am Dienstag, d. 4. März:
6. Familienball.

Weisser Engel
Jeden Sonntag:
Freier Tanz.
Eintritt frei. (114) **Bernh. Boldt.**

Friedr.-Franz-Halle
Morgen Sonntag:
Gr. Tanzkränzchen
Eintritt frei.
1563) Gebrüder Krankenhaus.

Adlershorst. (1561)
Jeden Sonntag: **Tanzkränzchen**

Neu-Bauernhof.
(1) Morgen Sonntag:
Tanzkränzchen.

Deutscher
Transportarbeiterverband
Stockelsdorf und Umgegend.

Versammlung
am Sonntag, dem 2. März
nachmittags 3 Uhr
im Lokale des Herrn L. Paetau
in Fackenburg.
Tagesordnung:
1. Die Aufgaben der im Transport-Gewerbe Beschäftigten.
Referent Kollege **Rocksien.**
2. Verschiedenes.
Der Vorstand.
NB. Die Mitglieder der Bezirksleitung [illegible] Schmuntzig.
J. A.

1547

Tivoli.
Wakenitzmauer 9.
Große Unterhaltungsmusik.
F. Hildebrand. Fernr. 9028.

Arbeiter-Turn-Verein Lübeck.

Einladung zum
BALL
verbunden mit
turnerischen Aufführungen
am Sonntag, dem 9. März
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.
Eintritt 50 Pfg., einz. Dame 20 Pfg.
1537) **Das Komitee.**
Die turnerischen Aufführungen werden von 6—8 Uhr stattfinden.

Quartett „Italia" von 1903.

10jähriges Stiftungsfest
am Sonntag, dem 2. März
im Gesellschaftshaus „Monopol"
Saalöffn. 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr.
Ende 2 Uhr.
Karten im Vorverkauf 60 Pfg.
An der Kasse 70 Pfg.
1515) **Der Vorstand.**

Zentralverband der
Schiffszimmerer
Deutschlands.
Zahlstelle Lübeck.

Einladung zum
BALL
am Sonntag, dem 2. März
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.
Eintritt 50 Pfg., einz. Dame 20 Pfg.
[illegible] Garderobe.
1559) **Das Komitee.**

Wilhelm-Theater.
1153 Jeden Sonntag:
Große Ballmusik.

Einladung zur Feier des
24. Stiftungs-Festes
der Geniner Freiwilligen Feuerwehr
am Sonntag, dem 2. März 1913
im Lokale des Kameraden **Martens** daselbst.
Anfang 6 Uhr. (1519
Hierzu ladet freundlichst ein. **Der Vorstand.**

Zentral-Hallen.
Heute, Sonntag, den 2. März:
II. große öffentliche Volksmaskerade.
Kassenöffnung 4½ Uhr. Maskenzug 8 Uhr.
Eintritt an der Kasse:
Herren 80 Pfg. Herrenmasken 40 Pfg.
Damen 60 Pfg. Damenmasken 30 Pfg. (1527

HANSA-HALLE.
Morgen Sonntag:
Große Volksmaskerade
verbunden mit **Kappenfest**
für Zuschauer. 1561

Lokalöffnung **6** Uhr. Anfang **7** Uhr. Ende morgens.
Prinz Karneval im Galageispann, gezogen von einem Isländer.

Konzerthaus „Flora".
1562) **Jeden Sonntag:**
Tanzkränzchen.
Anfang **4** Uhr. Eintritt frei. Ende **2** Uhr.

Waisen-Hof.
Sonntag: Große Tanz-Musik.
316) **Gustav Gipp.**

Hansa-Theater
8½ Uhr. Ab Sonnabend, den 1. März 8½ Uhr.
Das urkomische März-Programm.
Barella mit dem Menschenaffen Adam.
Läpp u. Hobel, die besten Parodisten der Welt.
Suiger Comp., amerikanische Excentrics.
Albert Hammer, Humorist, etc. etc. etc.
Noch nie gesehen, zum totlachen.
Vorzugskarten gültig.

Sonntag nachmittag 4 Uhr
Volks- und Fremden-Vorstellung zu kleinen Preisen.

Ab 11 Uhr **Kabarett** ab 11 Uhr.
Auftreten neuer Kräfte: **Frl. Weranow, Toledo, Sanden, Kingel, Tonia** etc. **Conferencier** Herr **Hammer.**
Stimmung — Humor — Geist.
Vorverkauf bei Sager, Kohlmarkt. (1498

Ferienkolonien.

General-Versammlun
am Freitag, 7. März, mittags 12 Uh
im Hause der Ges. z. Bef. gem. [illegible]
T.-O.: Jahresbericht, Rechnungsablage, Wahlen.
1548) **Der Vorstand**

Konzerthaus
Zauberflöte.
Neu für Lübeck!
Original Tiroler Kunstgesangs- u. Musik-Ensemble
D'Innsbruck. Spatzen
4 Damen, 4 Herren.
Eintritt frei.
Anfang 7½ Uhr.
1530 Sonntags 4 Uhr.

Kalnbergs Variété
Sonntag Beginn 7 Uhr.
21 Programm-Nummern.
4 wirkliche Komiker 4.
Das Ende vom Liede.
Realistisches Schauspiel.
1564) Ferner:
Eine Ballhausbekanntschaft
(Auf allen Plätzen **40** Pfg.)

Neues Stadttheater
Sonntag, den 2. März 1913.
Anfang 3 Uhr. Ende 5 Uhr
8. Volks-Vorst. Jeder Platz 50 Pf
Hanneles Himmelfahrt
E. Bühnendichtung v. G. Hauptmann
Die Verlosung der Plätze findet noch heute von 8—9 Uhr abends an der Theaterkasse statt. (15[illegible]

Anfang 7½ Uhr. Ende gegen 11 Uhr
140. Vorst. i. Voll-Ab. Große Preise
Drittes und letztes Gastspiel von
Marie Bartsch-Jonas.
Tannhäuser.
Oper von Rich. Wagner.
Elisabeth — M. Bartsch-Jonas a. G.

Montag, den 3. März 1913.
Anfang 7½ Uhr. Ende 10 Uhr
141. V. i. Voll-Ab. 23. V. i. Montags-Ab.
Madame Butterfly
Oper in 3 Akten von Puccini.
Große Preise.

2. Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 51. Sonnabend, den 1. März 1913. 20. Jahrg.

Aus deutschen Kolonien.

Die Budgetkommission des Reichstags setzte in der Donnerstagssitzung die Beratung des Etats für Ostafrika fort. Der Kommission liegt ein schriftlich abgefaßtes Urteil des neuen Gouverneurs Dr. Schnee vor, das gründlich mit dem Schwindel aufräumt, als ob am Kilimandjaro und am Maruberge Weiße in nennenswerter Anzahl sich ansiedeln können. Alle bisherigen Versuche sind derart ausgefallen, daß der Gouverneur die deutsche Presse warnt, noch länger von einer Besiedelungsmöglichkeit durch Kleinsiedler zu sprechen. Angesiedelte Deutsch-Russen und Leute aus Palästina, die widerstandsfähiger gegen das Klima sind, wurden von der Malaria und dem Schwarzwasserfieber geplagt. Da der Europäer in jenem Gebiet körperliche Arbeit kaum zu leisten vermag, müßten kleine Siedler schnell wirtschaftlich scheitern. Der Baumwollbau darf gleichfalls am Kilimandjaro als gescheitert gelten, die Viehzucht wird durch Küstenfieber und Rinderpest enorm gehemmt, nur der Kaffeebau weist Fortschritte auf.

Der Konservative v. Böhlendorf trat für die Plantagenkultur im Gegensatz zu den Sozialdemokraten ein. Eine Zerschlagung des Großgrundbesitzes müßte später doch kommen, als Folge der Entwicklung und des Kulturprozesses. (Für die deutschen Verhältnisse propagieren aber die Konservativen eine ganz andere Auffassung und befestigen nach Möglichkeit den Großgrundbesitz.) — Der Volksparteiler Braband trat für den Zwang zur Arbeit bei den Negern ein; die Steuerzahlung sei eines der Mittel dazu. — Abg. Erzberger wies darauf hin, daß am Arbeitermangel in wenigen Jahren viele Pflanzungen zugrunde gehen werden. Wenn in der Oeffentlichkeit das Urteil des Gouverneurs Schnee bekannt werde, das ja auch durch die Urteile anderer Kenner des Landes gestützt wird, schwinde die Lust, als Siedler nach Ostafrika zu gehen. Die Hoffnung, in Ostafrika Landwirte in großer Zahl anzusiedeln, müßte endgültig aufgegeben werden. Die Angabe, daß in 25 Jahren 150000 Eingeborene bei Strafexpeditionen niedergemacht worden sind, halte er aufrecht. Allein in den Jahren 1905/06 seien anläßlich der Niederwerfung der Aufstände 50—60000 Menschenleben vernichtet worden. Ganze Dörfer wurden niedergebrannt und ganze Stämme ausgerottet. Sogar Kinder im Alter von 12 Jahren wurden zur Hüttensteuer herangezogen. Dagegen müßte sich der Reichstag mit aller Entschiedenheit wenden.

Genosse Ledebour verwies darauf, daß die Sozialdemokratie die Phantasterei, als ob in Ostafrika die Kleinsiedelung möglich sei, stets bekämpft habe. Früher habe man sogar davon gesprochen, 2,5 Millionen Deutsche in Ostafrika anzusiedeln. Diese Phantasie ist nun gründlich zerstört. Daß die Freisinnigen noch kolonialschwärmerischer sich gebärden als die Regierung, sei doch bemerkenswert. Energische Förderung verdiene jedoch die Eingeborenenkultur. Redner begründete einen sozialdemokratischen Antrag, der Reichskanzler solle dafür sorgen, daß in dem Entwurf des Reichshaushaltsetats für das Rechnungsjahr 1914 größere Mittel zum Bau und zur Unterhaltung von Hospitälern für Eingeborene eingestellt werden.

Auf eine wiederholt dringende Anfrage des Abg. Gröber über die Verlustziffern in Ostafrika erklärte Staatssekretär Dr. Solf folgendes: von 1889—1902 sind 242 Weiße gefallen, außerdem 1068 schwarze Angehörige der Schutztruppe und 600 Hilfskräfte. Von 1903/12 sind **10 800 Neger im Kampfe gefallen**, von 1889/02 nach ungenauen Angaben **15 400**. Einem Gesamtverlust von **26 200** Eingeborenen stehen somit 242 getötete Weiße und 1648 farbige Schutztrupen gegenüber. Die Syphilis sei nicht von den Deutschen und von der Küste her eingeführt worden, sondern durch den Verkehr auf allen Wegen. Die Syphilis wird erfolgreich mit Salfarsan bekämpft, das bei den Negern gut wirke. Die Prostitution werde durch behördliche Kontrolle und durch Kasernierung in Schranken zu halten gesucht. Der Nationalliberale v. Richthofen versuchte, das Urteil des Gouverneurs Schnee zu entkräften. Es wäre sehr bedauerlich, wenn sich durch dieses Urteil Leute abhalten lassen sollten, nach Ostafrika zu gehen, denn so manche Angaben des Gouverneurs könnten gegen die Tatsachen nicht Stand halten. — Staatssekretär Solf widersprach lebhaft den Ausführungen Richthofens. Das Urteil des Gouverneurs stützte sich auf solche Tatsachen und Dokumente, daß es nicht erschüttert werden könne. Auch er, der Staatssekretär, schließe sich dem Urteil des Gouverneurs in allen Hauptpunkten vollständig an. Ueber die Besiedelungslosigkeit am Kilimandjaro müßte endlich von den amtlichen Stellen Klarheit geschaffen werden. Genosse Noske betonte, daß auch die Zahlen der Regierung über die Menschenverluste in Ostafrika noch grauenhaft genug seien, auch wenn die Angaben Erzbergers nicht stimmen sollten. Das Niederknallen schlecht bewaffneter Menschenmassen sei eine entsetzliche Barbarei. Dem kriegerischen und entwicklungsfähigen Massaivolke, das jetzt in Reservate zusammengedrängt ist, müsse die Möglichkeit räumlicher Ausdehnung gegeben und das Volk überhaupt schonend behandelt werden. Abg. Erzberger forderte vom Staatssekretär, daß er dem Kommandeur der ostafrikanischen Schutztruppe die fortwährenden Subjektionen verbiete, die darauf hinauslaufen, zu neuen Strafexpeditionen anzureizen. Es sei jedoch auch nicht richtig, von Kämpfen zu sprechen. In Wahrheit werden die Eingeborenen zusammengetrieben und dann massenhaft niedergeknallt. Erzberger schilderte auf Grund von Berichten diese grauenhaften Menschenjagden, wie die armen Schwarzen meistens **auf der Flucht wie Hasen zusammengeschossen** werden; in der Regel haben die Weißen gar keine Verluste. Im Interesse des Ansehens Deutschlands und im Namen des Christentums müßte der schärfste Protest erhoben werden gegen solche Menschenschlächtereien; die Macht der militärischen Befehlshaber sei zu brechen, von der Regierung seien die strengsten Maßregeln zu treffen. Ein alter Schutztruppenoffizier habe erst kürzlich ihm gesagt: Ostafrika ist die Schwerter-Orden-Plantagen-Kolonie. Dort „verdienen" sich die Offiziere die Orden mit gekreuzten Schwertern verziert. — Staatssekretär Dr. Solf protestierte dagegen, die Schutztruppe als „schwarzen Mann" hinzustellen. Sie habe sich um die koloniale Entwicklung die größten Verdienste erworben. Soll sie ihre besseren Waffen im Notfalle nicht gebrauchen? Von „Menschenschlächtereien", von „Mord" und „Niederknallen" könne nicht gesprochen werden. Solche Vorwürfe verdiene die Schutztruppe unter keinen Umständen. — Genosse Noske freute sich, daß die Sozialdemokratie bei der Bekämpfung der Menschenjagden in den Kolonien nun auch vom Zentrum lebhaft unterstützt werde. Major Dominik und seine Offiziere schieden nach solchen Menschenjagden mit dem Jägergruß „Waidmanns Heil!" — Die Beratung wird am Freitag fortgesetzt.

Aus der Partei.

Eine Konferenz der Bildungsausschüsse wird am 8. und 9. März in Berlin stattfinden. Die Tagesordnung lautet: 1. Die Organisation der Bildungsarbeit, 2. Die wissenschaftlichen Wanderkurse, 3. Die Jugendschriftenausstellungen, 4. Verschiedenes. Der Zentralbildungsausschuß hat soeben die zweite Auflage seines Wandschmuck-Verzeichnisses versandt. Der Text ist wesentlich der gleiche geblieben wie der der ersten Auflage. Dagegen ist das Format des Verzeichnisses geändert worden, da sich die frühere Größe als unzweckmäßig erwiesen hat. Ferner ist das Bildermaterial zum größten Teil erneuert worden.

Richterbeleidigung. Die Strafkammer in Görlitz verurteilte den verantwortlichen Redakteur unseres dortigen Parteiblattes, Genossen Oswald, wegen Beleidigung der Richter in Göttingen zu 100 Mk. Geldstrafe. Es handelte sich um die Wiedergabe der Kritik eines in Göttingen gefällten Urteils. Ein Arbeiter war dort bestraft worden, weil er schweigend dabei stand, als sein Mitangeklagter einem Wirt den Boykott angedroht haben soll.

Eine verunglückte Staatsaktion. Unbezahlte Reklame machte in Buer in Westfalen die Polizei für den „Wahren Jakob". Ein Buchhändler hatte die „Madonna von Bochum" jenes bekannte Bild aus dem Gefängnis, in welchem eine Bergmannsfrau mit ihrem Säugling wegen Streikvergehens sitzt, ausgeschnitten und ausgestellt. Die Polizei beschlagnahmte das Bild, weil — die Druckfirma fehlte, und stellte gegen den Händler Strafantrag beim Gericht wegen Vergehens gegen die §§ 6 und 19 des Preßgesetzes. Das Amtsgericht war anderer Ansicht und lehnte den Strafantrag ab.

Die Aktion der französischen Sozialdemokratie. Die sozialistische Föderation des Seinedepartements, die zweitstärkste Föderation Frankreichs, zu der auch Paris gehört, beschäftigte sich auf ihrem am Sonntag im Pariser Vorort St. Denis abgehaltenen Jahreskongreß auch mit der „allgemeinen Aktion der sozialistischen Partei." Genosse Jaures hat vorgeschlagen, auf dem in Brest stattfindenden Kongreß der Gesamtpartei keine Beschlüsse zu fassen, um der Diskussion ihren freien Charakter zu bewahren; ein späterer Kongreß, zu dem eine in Brest zu wählende Kommission die nötigen Vorarbeiten auf Grund der dort geführten Debatten zu leisten hat, solle dann die Resolution fassen, in der die Aktion der Partei endgültig festgelegt wird. Genosse Jules Guesde und Dubreuilh, der Generalsekretär der Partei, haben sich Jaures Vorschlag angeschlossen, worauf ihn der gesamte Vorstand guthieß. Innerhalb der Partei ist jedoch dagegen ein ziemlich lebhafter Widerspruch entstanden. Der Kongreß der Seinefoderation hat sich sofort mit 208 gegen 81 Stimmen das Recht zugesprochen, nach der Debatte Resolutionen anzunehmen. Damit hatte sich auch Dubreuilh schließlich einverstanden erklärt unter der Bedingung, daß die Genossen diesen Beschluß nicht auf den Brester Kongreß auszudehnen beabsichtigten. In der Debatte über die Aktion der Partei ergaben sich zwei Hauptströmungen, die, ohne allzuweit voneinander entfernt zu sein, sich hauptsächlich in der Wertschätzung der genossenschaftlichen Tätigkeit und der Staatsmonopole voneinander unterschieden. Während der eine Hauptredner, Poisson, Sekretär der französischen Genossenschaften, betonte, daß es, ohne Revisionismus zu treiben, gälte, die Aktion den neuen Tatsachen und Ereignissen anzupassen und sich von einem die Aktion paralysierenden und demoralisierenden Ministerialismus ebenso fern zu halten, als von einer Unterschätzung der Genossenschaften, der Gewerkschaften und der parlamentarischen Tätigkeit —

Hafenstürme.

Roman von W. W. Jacobs.

(22. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Nehmen Sie Ihren Kopf aus dem Weg, wenn Sie nicht ens dran haben wollen!" rief der Kapitän wütend.

„Ho," erwiderte der gekränkte Jan. „Nanu! Hört Ihrs, Maate? Jetzt darf man nich mal in seine eigene Koje hinngucken!"

Der Kapitän drehte sich um, als ob er gestochen worden äre.

„Das ist meine Koje," sagte er scharf.

„Ho, wirklich?" erwiderte Jan. „Ich bitte Sie um Verihung und entschuldigen Sie man vielmals, daß ich widerrechen tu, aber es is meine Koje, Sie haben keine nich."

„Ich habe letzte Nacht darin geschlafen," antwortet der apitän in bestimmten Ton.

„Das weiß ich," entgegnete Jan, aber das war man eine Gutmütigkeit."

„Um einen Taler, Jan," erinnerte ihn eine Stimme.

„Um einen Taler," stimmte Jan huldvoll zu, „und ich bin ch bannig dankbar, Maat, für die nette und ordentliche Art d Weise, in die Du die Koje rein machst, nachdem daß Du rin gelegen hast."

Der Kapitän betrachtete ihn. Die vielen Jahre, die er f See mit Befehlen verbracht hatte, hatten bewirkt, daß er ne famose Art und Weise besaß, seine Leute zu behandeln, d die Macht der Gewohnheit war einen Augenblick lang t zu stark für Jan und seine Freunde. Aber nur einen genblick lang.

„Ich werde also diese Koje behalten," erklärte der Kapitän entschlossen.

„Nein, das wirst Du nicht, Maat," erwiderte Jan kopfüttelnd, „glaub' das ja nicht. Hier unten bist Du nichts, h mal Leichtmatrose. Ich fürchte, Du wirst Dir auf dem ßboden einen Platz für Dich aussuchen müssen. Da drüben eine ganz hübsche Ecke."

„Wenn ich zurückkomme," schrie wütend der Kapitän, erden einige von Euch ins Gefängnis fliegen für das, was letzte Nacht getan haben."

„Schelten Sie uns doch nicht," sagte eine spottende imme, „wir haben unser Bestes getan. Es is doch nich er Fehler, daß Sie so lächerlich jung aussehen, so daß wir für Ihren eigenen Sohn angesehen haben."

„Und Sie waren auch in einem Zustande, in dem Sie uns ht widersprechen konnten," warf ein anderer ein.

„Wenn das Ihre Koje ist," begann der Kapitän finster, „dann erkenne ich an, daß Sie ein Recht auf dieselbe haben. Aber Sie werden mir das vielleicht verkaufen wollen? Wie viel?"

„Jetzt reden Sie vernünftig," meinte der hochentzückte Jan und wandte sich mit einer drohenden Geste gegen einen anderen Spekulanten. „Was sagen Sie zu vierzig Mark?"

Der Kapitän nickte.

„Vierzig Mark, sofort zahlbar in bar," rief Jan und streckte seine Hand aus.

Der Kapitän prüfte den Inhalt seiner Börse und kaufte nach beträchtlichen Schwierigkeiten die Koje für zwanzig Mark bar und einen Schuldschein für den Rest.

Ein menschlich denkender Mann würde sich wohl Sorge um die Schlafgelegenheit seines Wohltäters gemacht haben, aber daran dachte der Kapitän gar nicht. Tatsächlich entdeckte er erst drei Tage später, daß es im Logis noch eine Reservekoje gab, und daß der gewissenlose Matrose dieselbe benutzte.

Das war nur eine von den vielen Unannehmlichkeiten, aber der Kapitän, der seine Hilflosigkeit erkannt hatte, ließ sich nichts merken. Aus gewissen Bemerkungen, die man in seiner Hörweite fallen ließ, hatte er keine Schwierigkeiten, Herrn Löbel mit seinem Pech in Zusammenhang zu bringen, und aus eigenem Antrieb schloß er den unglücklichen Herrn Wilkens mit ein.

Er verbrachte seine Zeit damit, Rachepläne zu entwerfen, und als Kapitän Thießen einlenken wollte und ihm eine Kabine achtern anbot, sandte er eine solche Absage als Antwort zurück, daß der Steward eine halbe Stunde damit zubrachte, eine Umschreibung auszuarbeiten. Das Angebot wurde nicht wiederholt, und trotz der eindringlichen Vorstellungen Jans und seiner Freunde, fuhr der Kapitän fort, vor dem Mast das Brot eines Faulenzers zu essen.

Fünfzehntes Kapitel.

Nach seiner Unterhaltung mit Nathan Schmidt verbrachte Herr Adolph Köppen einen sehr angenehmen Nachmittag dadurch, daß er sich seinem Partner gegenüber weigerte, das zu befriedigen, was er dessen müßige Neugierde nannte. Das Geheimnis von Kapitän Schümanns Aufenthalt, so erklärte er, könne nicht jedem mitgeteilt werden, müsse aber durch einen Mann von gefälliger Erscheinung und ebensolchem Benehmen — hier besah er sich selbst in einem Handspiegel — Fräulein Schümann anvertraut werden. Es müsse ihr beigebracht werden durch jemanden, der keine anderweitigen Motive für einen Besuch hätte, einen Mann in der Blüte der Jahre, aber auch nicht zu alt für eine kleine, zarte Leidenschaft.

„Ich hatte gehofft, heute nachmittag hinzugehen," meinte er mit einem Blick auf die Uhr, „aber ich fürchte, daß ich nicht fortkommen werde. Haben Sie viel zu tun, Thießen?"

„Nein," antwortete der andere rasch, „ich bin fertig."

„Dann macht es Ihnen vielleicht nichts aus, die Arbeiten für mich zu erledigen, so daß ich gehen kann?" fragte Herr Köppen milde.

Thießen spielte mit seinem Federhalter. Der ältere Teilhaber hatte sich seit einer gewissen Zeit auf seine Kosten amüsiert, und in der Hoffnung, durch ihn zu einem Vorteil zu gelangen, hatte er es mit ungewöhnlicher Geduld ruhig ertragen.

„Vier Uhr," murmelte der Senior-Partner, „würden Sie nicht besser tun, sich selbst repräsentabel zu machen, Thießen?"

„Danke," erwiderte dieser voll Munterkeit. Er zog seinen Rock aus, ging hinüber nach dem kleinen Waschtisch und hatte in fünf Minuten seine Toilette beendigt. Dann gab er seinem Partner einen kleinen, freundschaftlichen Klaps auf die Schulter und schloß sein Pult zu.

„Na?" fragte er schließlich.

„Na?" wiederholte Herr Köppen ein wenig überrascht.

„Was soll ich dort sagen?" fragte Thießen abermals und zwang sich, seine Ruhe zu bewahren.

„Dort sagen?" wiederholte der unschuldige Köppen. „Gott behüte, was für Schlüsse Sie gleich ziehen, Thießen! Ich bat Sie nur meinetwegen, sich fein zu machen. Ich habe einen künstlerischen Blick. Ich dachte, Sie hätten das alles getan, um mir eine Freude zu machen."

„Wenn Sie dieses Unsinns müde sind," erwiderte Thießen entrüstet, „soll es mich freuen."

Herr Köppen blickte ihn aufmerksam an, und da er sah, daß Thießens Geduld tatsächlich erschöpft war, erzählte er ihm das Resultat seiner Nachforschungen. Er wurde sofort durch Herrn Thießens stärkste Ungläubigkeit, verbunden mit einer etwas beißenden Kritik über seine Glaubwürdigkeit belohnt. Als der junge Mann aber schließlich einsah, daß er die Wahrheit gesagt hatte, erging er sich in alle möglichen Mutmaßungen, was sich nun wohl an Bord der „Fortuna" ereignet haben würde.

„Darüber zerbrechen Sie sich nur nicht den Kopf," erklärte der Aeltere. „Für einige Wochen haben Sie das Feld für sich. Es ist ganz wie ein Band zwischen Euch — beide Väter auf demselben Schiff. Was Sie aber auch tun, erinnern Sie sie nicht an das Schicksal von Hund und Katze — entwerfen Sie ein schönes Bild von den beiden Vätern, wie sie dasitzen, jeder den Arm um des andern Taille gelegt, und sich fragen, ob ihre Kinder — —"

(Fortsetzung folgt.)

erklärte der andere Hauptredner, Mayeras, nachdem er seiner Freude über die antiministeriellen Ausführungen Poissons Ausdruck verliehen hatte, daß die Genossenschaften keinerlei sozialistischen Wert hätten, daß man zweitausend Jahre warten könne, wenn man durch sie den Kapitalismus abschaffen wolle, und daß die staatlichen Monopole nicht in das sozialistische Programm gehörten. Wenn es auch gewisse Monopole gäbe, die der Arbeiterklasse dienen könnten, so würde die Regierung die Ueberschüsse, die sie aus den Monopolen erzielte, stets zu militaristischen Ausgaben benutzen. Nach einer Debatte, die bis 8 Uhr abends dauerte, wurde der Kongreß auf nächsten Sonntag vertagt. Einer aus 15 Mitgliedern bestehenden Kommission wurden die vorliegenden Resolutionen überwiesen.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein Breslauer Urteil. „Ich bin der Meinung, daß wir keine schärferen Bestimmungen gegen den Terrorismus brauchen. Wir kommen mit den bestehenden Bestimmungen ganz gut aus, die ja mehrjährige Gefängnisstrafe zulassen. Wenn auf solche Strafen erkannt wird, und mehr Anzeigen erstattet würden, erübrigen sich neue Gesetze." — Diesen Ausspruch tat am Mittwoch der Vorsitzende der Breslauer dritten Strafkammer, Landgerichtsrat Flenck, in einer Berufungssache. Und die „Richtigkeit" dieser Ansicht fand auch bald darauf ihre Bestätigung, indem das Gericht eine sechsmonatige Gefängnisstrafe (!) für angemessen erachtete, die das Schöffengericht über den angeklagten Arbeiter verhängt hatte, der versucht haben sollte, einen Unorganisierten durch Beleidigungen zum Beitritt in den Fabrikarbeiterverband zu nötigen.

Geständniserpressung auf einer Polizeiwache. Nette Praktiken, um verdächtige Personen zu einem „Geständnis" zu bewegen, kamen vor der Schweidnitzer Strafkammer wieder einmal an die Öffentlichkeit. Dort hatte sich unter der schweren Beschuldigung der vorsätzlichen Brandstiftung das vierzehnjährige Dienstmädchen Else Ferchel zu verantworten. Die Anklage fußte hauptsächlich auf dem eigenen Geständnis des Mädchens, das sie bei ihrer polizeilichen Vernehmung auf der Polizeiwache abgelegt und in dem sie zugegeben hatte, daß sie in zwei verschiedenen Orten Feuer angelegt habe. Nun aber stellte es sich heraus, daß das Mädchen in beiden Fällen völlig unschuldig war, und es konnte festgestellt werden, daß die Angeklagte durch Mißhandlungen auf der Polizei zu diesem falschen Geständnis veranlaßt worden sei. Sie gab an, daß sie in dem Verhör nach wie vor ihre Unschuld beteuerte, trotzdem aber eingesperrt und geschlagen worden sei. Dieses Verfahren habe angedauert, bis sie keinen andern Ausweg mehr wußte, als die Brandstiftungen auf sich zu nehmen, trotzdem sie sich schuldlos fühlte. Die Angaben der Angeklagten wurden von dem Verhandlungsleiter im Verlauf des Zeugenverhörs nachgeprüft und erhielten, nach der „Breslauer Zeitung" ihre Bestätigung durch einen Polizeibeamten, der zugeben mußte, daß die Angeklagte in der geschilderten Weise bei ihrer polizeilichen Vernehmung mißhandelt wurde. Die Beschuldigte wurde von der Anklage der Brandstiftungen freigesprochen. Was geschieht mit dem Beamten, der die Polizeiwache zu einer Art Folterkammer machte? Wird der preußische Minister des Innern Vorsorge treffen, daß der artige Polizeiverbrechen sich nicht wieder ereignen?

Soziales.

Mundpflege und Blinddarmentzündung. Viele Ärzte vertreten die Hypothese, daß der gleiche Bazillus, der die Mandelentzündungen zur Folge hat, auch die Blinddarmentzündungen hervorruft. Zum mindesten ist es höchst wahrscheinlich, daß Halsentzündungen indirekt zu Blinddarmentzündungen führen können, und daß manche Fälle von Erkrankungen des Blinddarms als mittelbare Folge einer Halsentzündung anzusehen sind. Diese Feststellung mag ein erneuter Anlaß sein, in Schulen die Schüler immer wieder daran zu erinnern, von welcher Wichtigkeit es ist, Hals und Mundhöhle stets in einem hygienisch einwandfreien Zustand zu erhalten. Darum muß auch immer wieder gefordert werden, daß durch Schulärzte, Schulzahnkliniken usw. die so arg daniederliegende Zahn- und Mundpflege gefördert werde.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für **Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende** werden sauber und pünktlich ausgeführt in der **Buchdruckerei des „Lübecker Volksbote"**

Die vielseitige Verwendung von Kreuzstern **MAGGI's Würze** mit dem Kreuzstern

ist mancher Hausfrau noch unbekannt. Nicht nur Suppen und schwacher Bouillon, sondern auch **Saucen, Gemüsen, Salaten** usw. verleiht ein kleiner Zusatz unvergleichlich **feinen, kräftigen** Wohlgeschmack. Verwendungsanleitung befindet sich bei jedem Originalfläschchen.

Man verlange ausdrücklich **MAGGI's Würze.** 1529

„MAGGIs gute, sparsame Küche"

Gustav Jäde, Lübeck Holstenstraße 1 Fernsprech. 761
Herren- u. Knabengarderoben — Spezialität: Berufskleidung. Großes Lager in Damen- u. Kinderkonfektion, Kleiderstoffen, Leinen- und Baumwollwaren, Bettfedern und Daunen, Teppiche, Gardinen, Möbelstoffe, Tischdecken, Läuferstoffe, Buxkin, Schlaf- u. Reisedecken, Normal-Unterzeuge, Damen- u. Herrenwäsche, Regen-, Sonnenschirme, Unterröcke, Schürzen, Korsetts, Strümpfe, Handschuhe, Schlipse etc.
Aussteuer-Artikel.

Praktischer Wegweiser
Erscheint einmal wöchentlich — empfehlenswerter • Geschäfte • — Zur Beachtung empfohlen

Kenner bevorzugen das gute Lübecker Bürgerbräu
Aktienbierbrauerei Lübeck

Alumin.-Geschirr
Billigste Bezugsquelle für Öfen, Herde, Gaskocher, Gradeblen
Adolf Borgfeldt
Fernruf 572 Mühlenstr 54—40

Arbeiter-Artik. Manufakturw.
Otto Albers
Markt 4 Kohlmarkt 10
Viel benutzte Bezugsquelle für Manufakturwaren und Garderoben aller Art

Arbeiter- und Berufskleidg.
J. H. Poin
am Markt
Herren- und Knaben-Garderobe, Berufskleidung, Hüte und Mützen.

Bäckereien
Fischer Brot Allstr. 32.
P. Johannsen Konditerei Breitestraße 21

Brauereien
Trinkt Rheinfels-Bier
H. Lüder
Brauerei zur Walkmühle
Trinkt Lübecker Vereins-Bräu
Trinkt Kieler Schloßbräu
Vertreter für Lübeck und Umgegend: Fr. Kopf, Brauerei-Direktor Dankwartsstraße 15.
Elbschloß-Bier
L. Lyra Imperialstraße 1 Fernsprecher Amt Norden 1

Brot-Fabrik
Lübecker Central-Brotfabrik
Rich. Spangenberg
Lindenstr. 20-22. Fernruf 156
„Juwelbrot" wohlschmeckendste Kraft- u. Stärkebrot
Backwaren jeglicher Art.

Pflanzen-Butter
Delikateß-Eigelb-Pflanzenbutter
Edel Margarine
„Heimchen" das Pfund 80 Pfg.
Otto H. C. Voigt
Johannisstraße 22

Cigarrenhdlg.
Elisabeth Sühr
Untertrave 20.
Cigarren, Cigaretten, Pfeifen.
H. Müller Holstenstraße 42

Eisenwaren u. Werkzeuge
G. Kagel & Co.
Sandstr. 18 Tel. 307

Fleisch- und Wurstwaren
Ch. Damann
Schlachterei
Markt 7 Kohlmarkt 4
Telephon 8923
Herm. Mities
Schüsselbuden Nr. 30
Herm. Spangenberg
Fabrikmäßiger Fleisch- u. Wurstwaren
Schwartauer Allee 29

Gesundheits-Brot
Verlangt
Simonsbrot
Vollkornbrot a. reinem Roggen
Empfohlen mit Zuckerkranken
- Ärztlich empfohlen! -
Erhältlich in allen Filialgeschäften.

Glas, Porzellan
ARNOLD BERG
Breitestrasse 35.

Kaufhaus Siegfried Ullmann
Breite Str. 33, 1. Etage
Einzel-Möbel sowie kompl. Wohng.-Einrichtg. — Herren-, Damen- u. Kinder-Konfektion Arbeiter-Garderb. — Manufaktur-Waren Wäsche, Teppiche, Kinderwagen etc.
Auf Teilzahlung in kleinen wöchentlichen oder monatlichen Raten.

Garten-Sämereien
Friedrich Michael
Breitestraße 49

Herrenartikel
Heinrich Waller Breite Str. 60.
Spez.-Geschäft in Handschuhen u. Krawatten, Herren-Wäsche.
Ernst Wehde
Beckergrube 33
Hüte, Mützen.

Kolonialwaren u. Kaffeeröst.
Fritz Kruse
Inhaber: Paul W. Pöttger
Schüsselbuden 22
Kaffee
in sämtlichen Preislagen.

Kinotheater
Metropol-Theater
Nur Breitestr., beim Rathause
Täglich ununterbrochen Vorstellung von 4—11 Uhr.
Jeden Sonnabend u. Mittwoch neues Programm.
Sonntagnachm. v. 3-5 Kinder-Vorstellung.

Lichtspiele
Neues Lichtspiel-Theater
Breitestr. 13 neben Hansa-Café
Größtes, am besten ventiliertes u. der Neuzeit entsprechendes Lichtspiel-Etablissement.

Theater
Besucht das
Varieté International
Fischerstraße 9

Lederwaren u. Reiseartikel
J. H. Busson
Sattler, Sandstr. 8
Portemonnaies
Lederwaren
Brieftaschen
Ränzel
Schultaschen
Rucksäcke
Reit- und Fahr-Artikel
Wilh. Kreutzfeldt
Lederhandlung, sämtl. Schuhmacherartikel
Fischergrube 23
E. Teutleberg Untertrave 60. Schleifenschnitt-Schuhmacherei

Mineralwasser u. Spirituosen
J. C. Wessel
Gr. Gröpelgrube 21—23 Tel. 750.
Verlangen Sie **Buntekuh-Kümmel**
W. Nickel Spezialfabr. zuckerhaltiger Getränke Tel. 1070.

Meierei

Möbelmagazin
Herm. Rist Hunde-Str. 13
billigste Bezugsquelle
Eig. Tischler- u. Tapezierwkst.

Musikinstrum.
Meyer & Eggert
Königstraße 116.

Öfen und Herde
F. STEEN
Wahnstraße 58
Irdenes Gebrauchsgeschirr

Photographien
Samson & Co.
Breitestraße 39.
Erstes Atelier mit - billigen Preisen -
Amateur Bedarfsartikel.

Tapeten
Fritz Rehm
Beckergrube 20.

Treibriemen u. Sattlerwaren
H. Köppke & Eggers
Lager v. Fahr- u. Reitgeschirr
Reise-Utensilien, Schulmapp.
Taschen, Portemonnaies etc.
Hüxstraße 29.

Thüringer Wurstfabrik
Ihre Fabrikate empfiehlt angelegentlichst die
Thüringer Wurst- und Fleisch-Konserven-Fabrik
August Scheere, Lübeck
Beim Reifeld 14
Auf sämtl. Waren 4% Rabatt

Uhren- und Goldwaren
L. Behnfeldt, Uhrm.
Uhren-Rep.-Werkstatt.
Pfaffenstraße 4.
A. Matern
Beckergrube 76 Uhrmacher. Schweizer Uhren.

Eutin
Deutsches Haus
Kielerstr. 7
hält sich Vereinen u. Touristen bestens empfohlen.
Paul Schröder.
Ludw. Grandt
Tischlerei und Möbelmagazin
Schuhwarenhaus R. Bendt
beste Bezugsquelle in Arbeiterschuhen sow. auch bess. Schuhwar.

Mölln
Otto Greve
Gastwirtschaft und Destillation.
Wilh. Lübcke
Restaurant Lübecker Hof
Klub- und Ballokal Kegelbahn.
Rud. Hübener, Uhren u. Goldwar.
Ludw. Kuhn, Herr.- u. Damenh. Mützen, Pelzwar.
Chr. Voss & Sohn, Schuhwaren u. Repar.-Wkst.

Schlutup
Otto Liebenow
Uhren, Goldwaren, Musikwerke
- Eigene Reparaturwerkstätte. -
W. Richter
Uhren u. Goldwaren
nebst eigener Reparaturwerkstatt
Gasthofz. Post H. Vetter Empfehlensw. Lokal
Hugo Krogmann Photographisches Atelier
Ad. Saborowski Verkehrslokal d. Gewerkschaft

Schwartau
Herm. G. Schmidt
Markt 18
Uhren, Goldwaren u. Reparaturen.
Adler-Drogerie Inh. Hans Grewing
Farben, Lacke, Kräftigungsmittel
Alb. Gleiß Schlachterei ff. Fleisch- u. Wurstwar.
A. Klünder Schuhwarenhaus Markt 17.
Rob. Pinkert Verkehrslokal der freien Gewerkschaft.
L. Schaap Manufakturwaren Arbeitergarderobe.